

VORAN

Solidaritätspreis 3,- DM

Zeitung der
SAV
Sozialistische Alternative VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

G 10321 E

Nr. 182 Juli/August 1996

Wes mit Sparpaket Und Kohl-Regierung

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die heute in Bonn für Arbeit und soziale Gerechtigkeit demonstrieren, haben meine volle Unterstützung... Die SPD steht mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Seite an Seite... Und wir nehmen nicht hin, daß die soziale Gerechtigkeit mit Füßen getreten wird. So tönte das Grußwort von Oskar Lafontaine an die Bonner Großdemonstration am 15. Juni. Gleichzeitig beraten die SPD-regierten Länder gemeinsam mit CSU/CDU-Ländervertretern ein Länder-Sparpaket.

Ursel Beck, Köln
14 Milliarden sollen zusammengegriffen werden bei kulturellen Einrichtungen und Vereinen, durch Verlängerung der Lehrerbearbeitzeit, Abhebung des Rentalters für Beamte auf 63 Jahre, Mittelfürzungen beim Wohnungs- und Hochschulbau, Personalabbau im öffentlichen Dienst usw. Drei Wochen nach der Bonner Demo stimmt die SPD im Bundesrat für eine Verschlechterung des Sozialhilfegesetzes und ließ die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten passieren.

Die SPD-Regierungen in den Ländern lassen nicht nur zu, daß die soziale Gerechtigkeit mit Füßen getreten wird, sie treten mit. Und das tun sie auch in den von ihr regierten Städten und Gemeinden.

Neue Haushaltslöcher

Die dicksten Hämmer kommen dabei erst noch auf uns zu. Weil das Wirtschaftswachstum geringer ausfällt als erwartet, müssen die öffentlichen Haushalte ihre erwarteten Steuereinnahmen nach unten korrigieren. Die verabschiedeten Haushaltspläne sind Makulatur.

Das Land NRW erwartet für 1996 ein zusätzliches Finanzloch von 3,3 Milliarden. Die Stadt Köln geht von 100 Millionen weniger Steuereinnahmen aus als ursprünglich geplant.

Weil die private Profitwirtschaft immer weniger bereit ist, Arbeitskräfte zu beschäftigen und für Wirtschaftswachstum zu sorgen, fehlen dem Staat Steuermittel und muß er obenkassen die Arbeitslosigkeit finanzieren. Weil die Reichen und Superreichen durch Wegfall der Vermögens- und Gewerbesteuer in Zukunft noch weniger an den Staat abführen werden die Armen und Ärmsten zur Kasse gebeten.

Andere Politik

Die SPD und die PDS im Osten könnten da, wo sie Mehr-

heiten haben, in den Kommunen und Ländern eine andere Politik machen. Die SPD könnte ihre Mehrheit im Bundesrat nutzen und alle zustimmungspflichtigen Gesetze der Bundesregierung rundweg ablehnen. Zusammen mit den Gewerkschaften könnte die SPD mit einem einträgigen Generalstreik und weiteren Kampfmaßnahmen die Kohlregierung stützen.

Könnte. Aber sie tun's nicht. Und auch die PDS muß zum Jagen getrieben werden. Mangels Alternative bleibt jedoch zunächst keine andere Wahl: Von Seiten der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen müssen SPD und PDS in diese Richtung gedrückt werden.

Aber wo ist die Partei, die die Anarchie der Marktwirtschaft und die zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit anprangert? Die bereit ist, sich mit dem Kapital und seinen Handlangern anzulegen? Die eine Alternative zum Profitsystem aufzeigt? Es gibt sie derzeit nicht, obwohl sie dringend gebraucht wird. Deshalb muß eine neue sozialistische Partei aufgebaut werden.

Die Sozialistische Alternative VORAN leistet ihren Beitrag dazu. Je mehr sich heute der SAV und ihren Kampagnen anschließen, desto früher wird dieses Ziel erreicht sein.



Mit dieser Plakatauschrift brachte ein Demonstrant am 15. Juni in Bonn auf den Punkt, was viele Kolleginnen derzeit denken.

DGB muß ernsthaftem Kampf gegen Sparpaket organisieren

Jetzt hilft nur noch Generalstreik

Am 15.6. haben wir die größte Gewerkschaftsdemonstration in der Nachkriegsgeschichte gesehen. Welt mehr als 350.000 Menschen machten deutlich, daß sie das Bonner Sparpaket stoppen wollen. Viele Kolleginnen nahmen 18 Stunden und mehr Zeit auf sich, um an der Bonner Demo teilzunehmen. In den Wochen zuvor hatten sich bereits 500.000 Arbeitenden an örtlichen und regionalen Protestaktionen beteiligt.

Frank Klobbe, IG Metall Mitglied, Kassel

Jetzt stellt sich die Frage: wie

weiter? Die Demonstration hat zwar einen gewissen Eindruck auf Bundesregierung und Unternehmer nicht vertieft. In den Tagen danach wurden einige kleinere Korrekturen am Sparpaket vorgenommen. Aber im großen und ganzen wurde es am Ende Juni im Bundestag beschlossen.

Noch eine Woche vor der Bonner Demo hatte DGB-Chef Schulte für diesen Fall lautstark verkündet, die Massenstreiks in Frankreich seien „nur ein müder Abklatsch gegen das, was an Protest und Wut in Deutschland auf sie zurollt.“ Doch in Angriff genommen wurde nichts dergleichen. Für den Tag der Be-

schlußfassung im Bundestag, den 27. Juni, hatte der DGB einen dezentralen Aktions- und Diskussionsstag angekündigt. Das ist keine Steigerung gegenüber der Bonner Großdemo, sondern eher eine Demobilisierung. Entsprechend schwach war die Beteiligung.

Es gab die üblichen Unterschriftensammlungen, Funktionärsversammlungen, örtliche oder regionale Demos ohne konsequente Mobilisierung. In vielen Betrieben wurde gar nichts organisiert. Damit gibt man nicht Gas, sondern schaltet mehrere Gänge zurück. Kohl und Konsorten konnten spätestens am 27.6. zur Kenntnis

nehmen, daß die Gewerkschaften die Androhung eines „heißen Sommers“ nicht ernst meinen. Das wird ihnen wieder Auftrieb geben, ihre Pläne durchzusetzen.

Noch ist es nicht zu spät. Nach der Behandlung im Bundestag muß das Sparpaket am 12. September nochmal durch den Bundestag - zu Demos in den Großstädten auf. Das haben wir schon, und es hat nichts gebracht. Die DGB-Führung will also wieder nichts anderes als Dampf ablassen. Es geht aber darum, endlich Kampfsschritte zu organisieren, mit denen was

erreicht werden kann. Ein einziger Generalstreik muß her.

Mit Appellen oder radikalen Reden ist Regierung und Unternehmer nicht bezukommen. Man muß ihnen die geballte Gegenmacht der arbeitenden Bevölkerung entgegenstellen. Und man muß die Unternehmer dazu treffen, wo es weh tut: bei den Profiteuren.

Wenn die DGB-Spitze jetzt keinen Druck aus den Betrieben bekommt, dafür zu mobilisieren, dann droht eine Niederlage. Kommt dieses Sparpaket durch, werden weitere folgen. Die DGB-Führung trägt die Verantwortung dafür. Aktive Gewerkschafterinnen

sollten die Forderung nach einem einträgigen Generalstreik in betriebliche und gewerkschaftliche Versammlungen einbringen. (Unterschriftenlisten der „Kampagne GewerkschafterInnen für Generalstreik“ können über die Redaktion VORAN bezogen werden).

Ein 24stündiger Generalstreik am 12. September könnte das Sparpaket verhindern. Wahrscheinlich würde sogar die Bundestagsdebatte ausfallen müssen, weil die Abgeordneten gar nicht erst schafften, dorthin zu kommen. Denn: wenn unser starker Arm es will, stehen alle Räder still.

KHD: Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplätze

Ihr da oben ...



Strafe muß sein

Das Bundesverfassungsgericht hat in einem kürzlich ergangenen Urteil dem Gesetzgeber aufgelegt, die Kindererziehung stärker bei den Renten zu berücksichtigen und der Erwerbsarbeit gleichzustellen. So weit, so schön. Wäre da nicht das Loch in der Rentenkasse. Aber dafür haben wir ja Experten, die auch schon eine Lösung bereithalten. Zum Beispiel der Familienrechtsexperte und hessische Sozialrichter Jürgen Borchert. In einem Spiegel-Interview sah er „Spielraum“ bei den „überhöhten Rentenanwartschaften Kinderloser, aus denen solche für Eltern aufgebaut werden könnten“.

Nein, da ist es schon besser, ein Rentenstrafrecht für Kinderlose einzuführen. Vielleicht könnte Waigel noch eine Strafreuer und die Krankenkassen eine Sonderabgabe für Kinderlosen erheben. Schließlich wollen Kindergärten, Schulen, medizinische Betreuung für Schwangere und Kinder auch finanziert werden.

Milde Gaben I

Die öffentlichen Kassen sind leer, wird uns immer wieder vorgejammert. Das gilt für Otto und Erna Normalverbraucher, denen es ohnehin viel zu gut geht, aber nicht für notleidende Konzerne wie Mercedes oder VW. Sie dürfen jetzt mit Genehmigung der EU 663,4 Millionen DM aus der bundesdeutschen Staatskasse einstreichen, für ihre Investitionen in Ostdeutschland. Dagegen ist VW mit 539,1 Millionen DM für den Ausbau des Werkes in Mosel keineswegs zufrieden. Ohne diese Staatsknete ist ihnen nämlich unternehmerische Tätigkeit nicht zuzumuten.

Milde Gaben II

Laut Spiegel (24. 6. 96) erheben die Haushaltsexperten des Bundestages bei einem Berlin-Ausflug eine interessante Lektüre von Daimler-Benz Managern. Daimler-Chef Jürgen Schrempf und sein Finanzmanager Manfred Gentz rechneten den Abgeordneten vor, wie sie es ausstellen, bis zur fahrtausendende in Deutschland keinen Pfennig Ertragsteuern mehr zu zahlen, z.B. durch Versteuerung von Gewinnen im Ausland und Verrechnung mit Investitionen in Ostdeutschland. Schrempf frohlich: „Von uns kriegt ihr nichts mehr.“



... wir hier unten

PDS - droht ein Rechtsruck?

Am 1. Mai marschierten 300 Faschisten aus ganz Deutschland in Marzahn auf. Der Bürgermeister drückte beide Augen zu, um eine Gegenmobilisierung von „linken Chaoten“ (wie er die Antifaschistinnen schimpfte) zu verhindern. Der Bürgermeister ist nicht irgendeiner, sondern Harald Buttler von der PDS. Marzahn ist kein Dorf in Bayern, sondern die Hochburg der PDS in Ost-Berlin und der Wahlkreis von Gregor Gysi.

Aron Amm, Berlin

In der PDS spitzen sich die Auseinandersetzungen um die weitere Entwicklung der Partei zu: Ost-CSU, zweite SPD oder gesamtdeutsche Linkspartei? Die Gefahr eines Rechtsrucks der PDS nimmt dabei konkretere Formen an.

Die PDS-Vorsitzende von Dresden, Christine Ostrowski, veröffentlichte einen „Brief aus Sachsen“, in dem eine Neuentwerfung der PDS „nach dem strategischen Vorbild der CSU“ propagiert wird. Ausrichtung auf das „bodenständige Klein-Unternehmertum“, ein Bündnis

für Arbeit aus „Ostunternemern und ihren Beschäftigten“, Abschottung der Grenzen, Linke als „Fall für die Polizei“. Ostrowski definierte den Sozialismus neu – als „Gegenteil von Klassenkampf“.

Schon 1993 sagte Ostrowski nach einem Gespräch mit einem führenden Nazi-Kader der „Nationalen Offensive“: „Unsere sozialen Forderungen stimmen überein, bis hin zum Wortlaut“. Bei den Dresdner OB-Wahlen 1994 rief die Wilking-Jugend zur Wahl von Ostrowski auf.

Unternehmer-Thesen

Ende Mai wurde Gregor Gysi deutlich. Auf einer eigens einberufenen Sitzung der PDS-Gruppe im Bundestag legte er eine Erklärung vor, die den provokatorischen Brief der ewigen Querulanten unmissverständlich zurückwies: Er habe restaurativen Charakter“ und werde „der Linken in Deutschland dauerhaft Schaden zufügen“. Leider handelt es sich nicht um Ereignisse aus dem Mai 1995, sondern aus dem Mai 1996.

Damals hatten 38 Professoren und Künstler, die der PDS nahe-

Das Risiko, eine Frau zu sein

Kürzung der Lohnfortzahlung

Die Kürzung der Lohnfortzahlung gilt auch für Frauen, die bedingt durch ihre Schwangerschaft krank werden. Bei vielen Frauen kommt es während der Schwangerschaft zu Komplikationen – ein Erfahrungsbericht:

„Im November 95 wurde ich schwanger. In der zehnten Woche mußte ich wegen starker Blutungen ins Krankenhaus.“

Die Diagnose: Drohende Frühgeburt. Die Behandlung dauerte dann 4 Monate. Auch die restliche Zeit der Schwangerschaft durfte ich nicht arbeiten.

Die Geburt verlief dann zum Glück ohne Probleme. Ich kenne viele Frauen, die während der Schwangerschaft Probleme hatten, ebenfalls mehrere Wochen oder länger liegen mußten und nicht arbeiten konnten. Wenn ich mir vorstelle, neben der Angst, neben dem Angst-Bett-gefesselt-sein auch noch

finanziell bestraf zu werden, packt mich die Wut. Dieses Gesetz ist mit den Stimmen der CDU-Frauen beschlossen worden. In welcher Welt leben eigentlich Gewerkschaftsvorsitzende, die glauben, solche Gesetze mit Appellen an die CDU-Abgeordneten stoppen zu können?!

Die Regierung sagt, wenn sie Schwangere von der Kürzung der Lohnfortzahlung ausnehmen würde, wäre das ein Einstellungsbehindernis für Unternehmer, also nicht im Interesse der Frauen.

Abgesehen davon, daß sie die Lohnfortzahlung für alle bestmöglichen lassen kann, warum schlägt sie dann nicht gleich die Abschaffung aller Regelungen zum Schutz von Schwangeren vor? Und empfiehlt sie demnachst auch Frauen, sich sterilisieren zu lassen und die Beschneidung ihren Bewerbungsschreiben beizufügen? Dann hätte frau doch bessere Chancen eingestellt zu werden?!

stehen oder deren Mitglieder sind, in ihrem Appell 'In grober Sorge' vor einer Aufweichung des Oppositionsverständnisses, Verabschiedung vom Klassenkampf und Ausklammerung der Eigentumsfrage zugunsten eines Gesellschaftsvertrages' gewarnt ... Der 'Brief aus Sachsen' wurde hingegen von der Parteilitze durch vieldeutiges Schweigen toleriert.“ (so weit die Junge Welt vom 19. 6. '96).

Kurz darauf mußten Sozialistinnen in und um die Partei schon die nächste Kröte schlucken. In Vorbereitung der Konferenz der PDS-nahen Mittelstandsvereinigung Owus (Offener Wirtschaftsverband von Klein- und mittelständischen Unternehmen, Freiberuflern und Selbstständigen) am 22. Juni 1996 in Sachsen wurde ein „Thesepapier“ verbreitet, das als Teil eines Mitgliederstreikens verschickt worden war.

In den Thesen werden die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Einführung von Karenztagen, die großzügige Freigabe der Ladöffnungszeiten, Niedriglöhne und der Abbau der ABM-Förderung gefordert.

Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung ist Christa Luft, die als letzte DDR-Wirtschaftsministerin die Treuhand gründete, um der Privatisierung der ostdeutschen Betriebe den Weg zu ebnen.

Die Parteiführung um Gysi, Bisky und Gehrke läßt Buttler, Ostrowski oder die Owus-Mittelstandsvereinigung gewähren. Sie spekulieren darauf, daß auf diesem Weg die Partei nach-



PDS-Chef Gysi läßt den Rechten in der PDS viel Spielraum

rechts gedrückt wird und ihnen mehr Spielraum gibt, nach und nach sozialistische Forderungen oder Programmpunkte im Interesse der Arbeiterklasse über Bord zu werfen. Dadurch wollen sie sich für Beteiligungen an SPD-geführten Regierungen in nächster Zukunft empfehlen.

Es ist kein Zufall, daß Gysi und Bisky in der gleichen Woche ein eigenes „Sparpaket“ präsentiert haben, in der sie in einer Dringlichkeitsitzung unter Ausschuß der Mitglied-

Die schönste Nebensache

Kohl pöbelt – Rote Karte!



Der Fotobeweis: Deutsche Nationalspieler schlafen am Arbeitsplatz

Unser Sportkanzler, bei der Fußball-EM immer nah bei den Kameras, immer eifrig auf der Suche nach etwas Erfreulichem, was er mit seiner Person verbinden könnte, hat nach dem Endspiel eine verbale Blutgrätsche hingelegt:

„Wenn sie mal sehen, wie viele doch mit Verletzungen in dieses Endspiel gegangen sind. Wenn sie aus einem Land kommen, in dem man sich einer, der Husten hat, sich krank meldet... Sie (die deutschen Spieler) sind stehengelieben, sie haben nicht überlebt, wie können sie es sich aus dieser Sache wegdrücken, sondern haben Mannschaftegeist, Kampfegeist bewiesen – tolle Tugenden.“

Das war nicht scharf genug beobachtet, Helmut. Klar, Helmer und Klinsmann haben sich gegeküßt, hart wie Kruppstahl, zäh wie Himbeergelee und weiter:

Aber was ist mit den vielen Druckebergern in der Nationalmannschaft? Dieter Eilts: kleines Ziehen im Knie, schon holt er sich den gelben Urlaubsschein. Mario Basler:

kaum an der Arbeit, schon hat er psychosomatische Probleme und verläßt den Betrieb. Oder Bobic, typischer Azubi: leichte Zerrung in der Schulter und – Zack auf die Tribüne, schaut er den anderen bei der Arbeit zu. Dabei soll er Fußball spielen und nicht Handball!

Wenn diese Spieler nicht mehr so gut laufen können, könnten sie andere Jobs machen: Torwart, Masseur, BILD-Reporter, Queen, Heribert Faßbender, Bundeskanzler – oder Bundesberlil Dann könnten wir das ganze Drumherum einsparen, das „Jaan team“ wäre Wirklichkeit.

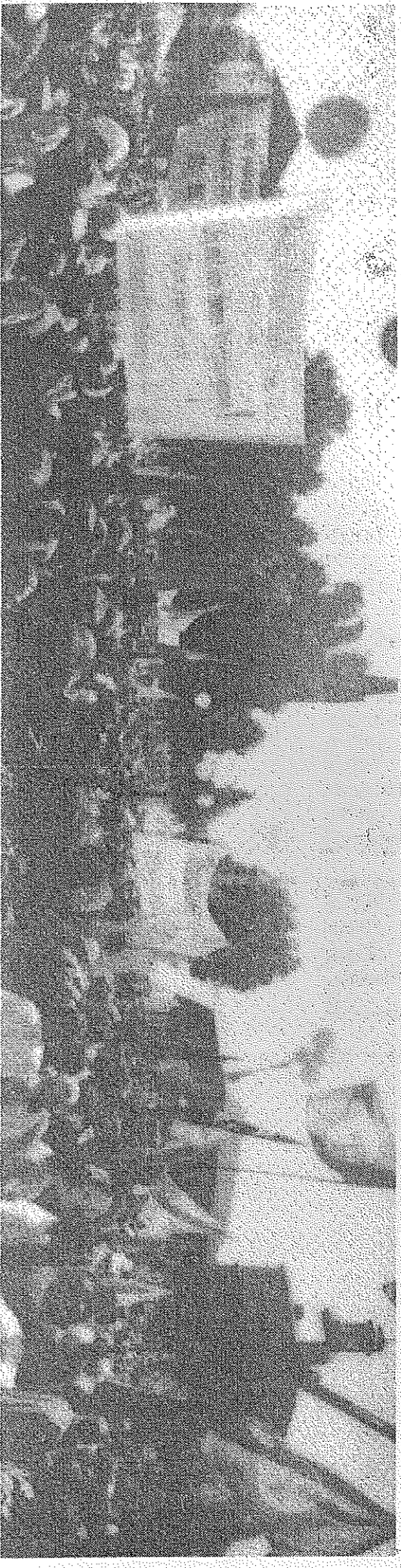
So könnte der Fußball-Standort gesichert, so hätten wir schon im Viertelfinale Europa-meister werden können, dem Gegner wäre schon in den ersten 10 Minuten der regulären Spielzeit der „Goldene Schuß“ verpaßt worden. Warum sehen sie das nicht, Kanzler Kohl? VORAN hat keine Kosten und Mühen gescheut, um in den Betrieben die Stimmung nach den Kohlschen Äußerungen zu erforschen. Durchweg positiv.

Karl Mustermann, Lackierer bei Ford Köln: „OK ich würde mich schon mit 'nem dicken Knie zur Arbeit schleppen. So ganz ohne Extras natürlich rit. Aber so um die 250 000 DM Prämie, wenn unsere Schicht die angestrebte Stückzahl schafft, täten mich schon motivieren.“

Hein Meier, Schweißer beim Bremer Vulkan: „Klar, kann ich schon verstehen, wenn der Meister meckert, wenn ich mal wieder wegen meiner Rückenschmerzen zuhause bleibe. Aber nach der EM bin ich zu ihm hin und hab gesagt: 'Mensch Schorsch, ich hab die Lösung für unsere Probleme. Du besorgst mir zwei, drei Spitzen-Ärzte, die kommen am Wochenende zu mir, massieren und spitzen mich fit, und am Montag morgen steh ich auf der Matte und dann schaff ich die arderthalb Stunden, bis zur wechslung.“

SIE HABEN EINE KRANKHEIT, DIE SICH FINANZIELL NICHT LEISTEN KÖNNEN

DIV



350 000 gegen Sparpaket und Kohl

„Jetzt geht's los“-Sprechchöre während der Rede des DGB-Chefs Dieter Schulte: Nach dem Willen der TeilnehmerInnen sollte diese Demo der Auftakt für mehr sein – französische Verhältnisse statt amerikanischen Zustände, so ein Transparenz.

Ulf Petersen, Köln

Dieter Schulte drohe dagegen: „Das Bündnis für Arbeit lebt, es ist nicht tot“. Ein Zombie als Schrecken aller Lohnabhängigen. Lohnverzicht und Sozialabbau mit gewerkschaftlicher Zustimmung; als Gegen-

leistung werden vielleicht nicht ganz so viele Arbeitsplätze ganz so schnell vernichtet, wie es die Unternehmer vorher angedroht haben.

Dank der massenhaften Verteilung von Trillerpfeifen war Zwischenschluss von Protestpfeifen nicht mehr zu unterscheiden.

Schritt: Bonn Beuel, am vormittag, Auftaktkundgebung des Bündnis „Sturm marsch gegen Sozialabbau“. „Am liebsten wäre es uns, wenn Same enteignet und Deutz-Fahr in öffentliches Eigentum überführt würde.“ Martin Braun, Arbeiter bei Deutz-

Fahr in Köln berichtet vom Kampf der Belegschaft gegen die Verlegung ihres Betriebes nach Bayern.

„Tous ensemble“ Alle gemeinsam – Jeanne Rousseau, Krankenschwester aus Rouen, Mitglied der Gauche Revolutionnaire (französische Sektion des Komitees für eine Arbeiterinternationale) erklärt, wie die französischen Arbeiter ihren Kampf unabhängige mit Streikversammlungen und Komitees organisiert und den Gewerkschaftsführern Druck gemacht haben. Und sie ruf zum internationalen Kampf gegen den Kapitalismus auf. „Hoch die

internationale Solidarität“

schallt es über den Platz, zu diesem Zeitpunkt ist die Kundgebung mit 4000-5000 Teilnehmern am besten besucht und die Stimmung ist auf dem Höhepunkt. Gregor Gysi schaffe es, die politische Schwammigkeit der PDS mit guter Agitation gegen soziale Ungerechtigkeiten zu überturnen und die Stimmung weiter

aufzubauen.

„Hier demonstriert die Mehrheit gegen die Minderheit von Regierung und Unternehmen. Oder hat jemand schon einmal eine Massendemonstration von Unternehmen und Regierung gesehen?“ so Sascha Stantje vom Bundesvorstand der SAV. Er trat nicht nur offensiv für Sozialismus ein, sondern machte im Unterschied zu DKP

und PDS auch klar: „In Osteuropa ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern bürokratische Diktaturen“.

Alles in allem ein gelungener Auftakt, der die lauten Reden von Schulte und Co. bei der anschließenden Hauptkundgebung des DGB leichter ertragen ließ.

Was ist das „Bündnis Sternmarsch gegen Sozialabbau“?

Das „Bündnis Sternmarsch gegen Sozialabbau“ (BSGS) war der ursprüngliche Initiator der Demonstration am 15. Juni: UnterstützerInnen des BSGS-Aufruf sind unter anderem die PDS, der freie Zusammenschluß von StudentInnenenschaften, die Grünen NRW und Rheinland-Pfalz, DKP, SAV, JO/IRL, das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden, DIDF (Föderation der demokratischen Arbeitervereine) und viele StudentInnenvertretungen und Initiativen. Erst am 15. Mai hat der DGB unter Druck der Ereignisse und der eigenen Basis (vor allem IG Metall, IG Medien, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Gewerkschaft Holz und Kunststoff) entschieden, zum 15. Juni zu mobilisieren.

und mit dem BSGS zusammenzuarbeiten. Drei Tage vor dem 15. Juni kündigte der DGB die Zusammenarbeit mit dem BSGS auf. Begründung: Das BSGS hatte sich kritisch zum „Bündnis für Arbeit“ geäußert. Dies wurde als „Angriff auf den DGB“ und „gewerkschaftsfeindlich“ bezeichnet.

Offenbar sind damit nach Sicht der DGB-Spitze auch alle Teile der Mitgliedschaft „gewerkschaftsfeindlich“, die nicht vom „Bündnis für Arbeit“ begeistert sind und dies öffentlich kundtun. Das „Bündnis Sternmarsch gegen Sozialabbau“ macht weiter. Infos und Kontakt über die SAV-Bundeszentrale, Ulf Petersen.



15. 6.: Der Vertrauensleutkörper der Glaberei bei VW Baumatal fordert einen Generalstreik. Die Belegschaft von ABB Mannheim hat schon bei IG Metall-Demonstrationen in der Woche zuvor Transparente mit dieser Forderung getragen. Und: „Wir können hier und gegen die Sparpläne nur etwas erreichen, wenn wir das Thema Generalstreik in die Diskussion bringen“, so Wilfried König vom Vertrauensleutkörper bei Mercedes-Benz Berlin-Marienthal in der Jungen Welt vom 9. Juli.

Gewerkschafts-Chef für Generalstreik

„Was nach der Demo von heute passieren muß, nenne ich generalstreikmäßige Aktionen“, sagte Gisbert Schlemmer, Vorsitzender der Gewerkschaft Holz und Kunststoff am 15. Juni.

Auch die vielen Transparente und die gute Resonanz auf die SAV-Kampagne für einen eintägigen Generalstreik zeigen, daß die Stimmung für einen Generalstreik weiter gestiegen ist.

Mit angestoßen wurde die Diskussion von der Gewerkschaft Holz und Kunststoff. Schlemmer in einer Pressee-

klärung am 14. Mai: „Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff hat sich in ihrer Satzung verpflichtet, den sozialen Rechtsstaat zu verteidigen. Deshalb erkennt sie den politischen Streik als Kampfmittel an. Wenn Bundesregierung und Unternehmer sich von den betrieblichen Aktionen und von der Massenkundgebung des DGB unbeeindruckt zeigen sollten, müssen die nächsten Großkundgebungen während der Arbeitszeit stattfinden. Dies bekommt dann einen Generalstreikcharakter.“

„Eine halbe Stunde Kundgebung, das arbeiten wir doch heute Mittag nach. Wir müßten mal zwei Schichten lang streiken, das würde bringen. So was wie hier ist doch Verarschung.“ Ein Krupp-Arbeiter in Bochum am 27. Juni



Uns bleibt nur der Kampf

Hintergrund

In Köln soll das Traktorenwerk Deutz-Fahr geschlossen, die Produktion nach Lainggen verlagert werden (siehe VORAN Nr. 181). Dies wird mit Standort- und Kostengründen erklärt. Über 600 Kolleginnen würden arbeitslos werden. Letztes Jahr hatte der italienische SAME-Konzern das Werk von KHD gekauft. Damals wurde behauptet, der Standort Köln sei sicher. Doch SAME hatte die Schließung in Köln von vornherein geplant, mit dem Ziel, einen Wettbewerber auf dem Traktorenmarkt platt zu machen.

Die Geschäftsleitung wollte keine Abfindung zahlen, da sie den Kollegen ja angeblich sichere Arbeitsplätze in Lainggen anbietet. Dort ist aber nur von 200 Arbeitsplätzen die Rede. Daraufhin legte die Belegschaft die Arbeit auf eigene Initiative nieder.

Montag abend, 10. Juni, nach fünf Streiktagen: Tom Graf, der Geschäftsführer von Deutz-Fahr, tritt arrogant wie eh' und je im WDR auf. Er erklärt, daß der Streik keine Auswirkungen auf den SAME-Konzern und die Verhandlungen habe. Er käme ihnen sogar sehr gelegen, da sie jetzt keine Löhne zu zahlen bräuchten.

Mittwoch morgen: Theo Röhrig, IGM-Bevollmächtigter Köln, trommelt die Belegschaft das erste Mal seit sieben Streiktagen zusammen und bittet die Belegschaft, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Geschäftsleitung habe neue Angebote für den Sozialplan vorgelegt. Keiner will es wahrhaben: Schon nach sieben Tagen Streik bewegt sich was bei der Geschäftsleitung. Soll man dranhängen oder unterbrechen? Die meisten Kollegen waren

dafür, die Arbeit wieder aufzunehmen. Doch viele waren sich sicher, daß bei nächster Gelegenheit der Streik wieder aufgenommen werden muß, daß er nur unterbrochen sei. Schon am nächsten Tag hatte ein Teil der Kollegen Zweifel, ob die Streikunterbrechung nicht ein Fehler war. Der IGM-Bevollmächtigte habe darauf hingewiesen, „daß es schwierig sei und Zeit brauche, die Spengelder für unser Streikkonto aufzubringen. Das hat den Ausschlag gegeben.“ so ein Kollege. Die aktivsten Kollegen im Streik hatten ohnehin das Gefühl, daß ihr Arbeitskampf zu keinem Zeitpunkt von der Mehrheit des Betriebsrats und des Vertrauenskörpers oder der IGM gewollt war. Begonnen hatten sie im allein.

Abwarten, Zermürben ...
Es folgen Verhandlungen mit dem Schlichter, Verhandlungen

mit der Einigungsstelle, Gespräche zum Sozialplan. Betriebsrat und IGM-Metal-Führung bestreiten darauf, daß Verhandlungen nicht durch Arbeitnehlerleistungen gestört werden dürfen. Die Geschäftsleitung nutzt das zu immer neuen Provokationen. Die Verhandlungen über den Standort Köln sind endgültig gescheitert, jetzt geht es nur noch um den Sozialplan. Betriebsrat und IGM-Metal-Führung haben ohne Kampf die Arbeitsplätze aufgegeben. Zum Streik-Ende hatte die Geschäftsleitung das Angebot für den Sozialplan auf 16 Millionen DM verdoppelt. Doch für einen angemessenen Sozialplan sind mindestens 50-58 Millionen DM nötig.

Doch damit nicht genug: Zuletzt kam die Ankündigung, daß die Produktionsausfälle und die Umzugskosten noch von den 16 Millionen DM abgezogen werden sollen. Selbst für die „Bestandungskosten“ (ein Kollege zum Sozialplan) von Deutz-Fahr muß gekämpft werden, ein weiterer Streik von unten ist möglich.

Fatale Folgen

Die Spirale nach unten kann nur aufgehalten werden, wenn die Gewerkschaften wieder kämpferische Politik machen. Nur entschiedene Gegenwehr gegen jeden Lohnverzicht und für den Erhalt aller Arbeitsplätze kann die Unternehmenswillkür stoppen. Wir haben nur eine Chance, wenn die Belegschaften verschiedener Betriebe zusammen kämpfen. Die Kollegen von Deutz-Fahr haben bewiesen: Nur wer kämpft, kann überhaupt etwas erreichen.

Die jetzige Führung in der IGM in Köln und bundesweit und viele Betriebsratsfraktionen sind nicht bereit, diesen Kampf zu führen. Sie haben ihren Frie-



Die Initiative "Arbeit in Kalk" und Kollegen von Deutz-Fahr sind am 15. 6. 96 zusammen nach Bonn gefahren

Deutz-Fahr war ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Miriam Alberti,
Initiative "Arbeit in Kalk", Köln

IG Metall bricht Tarifvertrag

Was machen rechte Belegschaften und IGM-Funktionäre, wenn sie den Erpressungsversuchen von Unternehmern bereits alle überrifflischen Leistungen geopfert haben und die Kapitalisten einen neuen Erpressungsversuch starten? Sie brechen den eigenen Tarifvertrag.

IGM-Mitglied

Die Konzernherren hatten Millionen in den saudiarabischen Sand gesetzt und durch Bilanzfälschung vertuscht. Plötzlich stand das Unternehmen vor der Zahlungsunfähigkeit. Die Wut auf die Verbrechen in den Chetlagen war so groß, daß sie es nicht wagen konnten, neue Opfer von der Belegschaft zu verlangen.

Opfergang

Diese Drecksarbeit übernahmen BR und IGM-Ortsverwaltung. Sie spielten den Skandal als Fehlverhalten einzelner Vorstände herunter. Anstatt die KHD-Politik der Deutschen Bank als Profitmaximierungsstrategie zu entlarven, stellte der Betriebsratsvorsitzende die Kreativvergabe der Deutschen Bank als Rettungssaktion dar. In einem Akt voraussetzenden Gehorsams versprach er die Sanierung der Bilanzen auf Kosten der Belegschaft. Weder mit dem Vertrauenskörper geschweige denn mit den Gewerkschaftsmitgliedern gab es eine Diskussion über diesen Bruch des Tarifvertrags.

Die Belegschaft wurde von ihren eigenen Vertretern erpresst. Entweder ein 110 Millionen-



Der Abbau bei KHD wird weitergehen. Gemeinsamer Widerstand ist nötig.

wurde ein Negativbeispiel für Lohndumping geschaffen. Die Betriebsräte und IGM-Verwaltungsstelle verteidigten die Betriebsvereinbarung damit, daß die Arbeitsplätze gesichert seien. Darin gibt es aber keine Garantie für die Arbeitsplätze. Nicht einmal betriebliche Dinge Kundigungen werden vertraglich ausgeschlossen. Die Unternehmenspresse prophezeit den Untergang von KHD. „Das eine Milliarde Mark teure Rettungspaket hat dem maroden Konzern jetzt eine Atempause verschafft, mehr aber auch nicht.“, schreibt die „Wirtschaftswoche“.

Die Vertrauensleute und IGM-Mitglieder in Köln dürften den Tarifbruch nicht akzeptieren, sondern müssen ihn rückgängig machen und dafür sorgen, daß die Funktionäre, die ihn zu verantworten haben, so bald wie möglich abgesetzt werden.

VORAN befragte Ralf Arbeiter bei KHD, 32 Jahre, zur Situation in seinem Betrieb. Beim Weihnachtsgeld 1995

wurde die KHD-Belegschaft erstmals um ihre tarifliche Rechte betrogen. Wie kam das?

Ralf: Wir hatten in der Vergangenheit ein gestaffeltes Weihnachtsgeld. Wer lange dabei war, hat 70 Prozent eines Monatsgehältes bekommen. Ein Großteil davon wurde in Aktien ausbezahlt, die mit 20 Mark pro Aktie an uns gegangen sind. Zu dem Zeitpunkt waren die Aktien aber nur 10 Mark wert. Wir mußten die Aktien aber für 20 Mark versteuern. Heute sind die Aktien zwischen 6 und 7 Mark wert. Das heißt ich hab pro Aktie 13 Mark verloren.

Was bedeutet die jetzige Betriebsvereinbarung für Dich persönlich?

Uns wurden 160 Stunden als Minus angerechnet, die wir jetzt aufarbeiten müssen. Dafür haben wir ungefähr 1 1/2 Jahre. Und wir bekommen dafür keinen

Pfennig Geld. Wenn man das in Geld umrechnet sind das 4000 Mark. Bei den Lohnabschlägen gibt es eine Staffelnung nach Lohngruppen. Bei mir gehen 2,75 Prozent von meinem Bruttolohn ab. Das sind für mich im Monat 100 bis 120 Mark Lohnabzug. Dann kommt noch der Abzug beim Urlaubsgeld dazu. Das ganze Paket kostet mich 8000 bis 10 000 Mark.

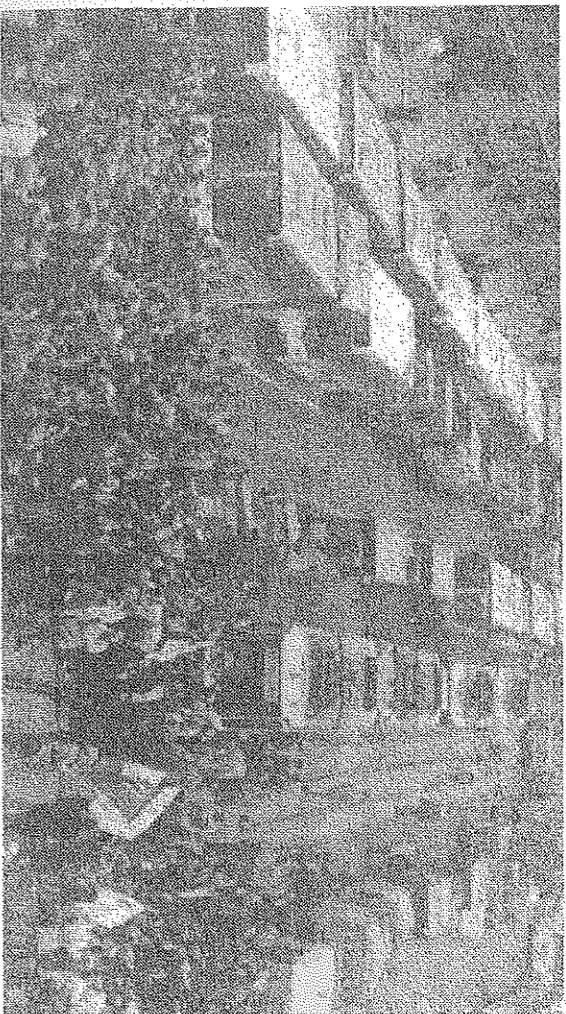
Meine Werkzeuge ist auch weg, obwohl ich 14 Jahre im Betrieb bin. Nur wer über 35 Jahre alt ist und über 10 Jahre im Betrieb ist, kriegt noch Werkzeuge. Ich bin aber erst 32. Diese Kosten sparen sie auch ein. Im Grunde genommen ist es so, daß das, was die Deutsche Bank da reinbutert, sie sich auf unsere Knochen wieder zurückholt.

Was mußten IGM und Belegschaft tun?

Ehrlich sein, mit der Belegschaft das offene Gespräch suchen. Vor allen Dingen auch auf die Wünsche eingehen und nicht nur Beschwerden abschmettern oder Meinungen wegwischen mit der Bemerkung: „das ist ja nur Deine einzelne Meinung“. Auch wenn sich viele nicht selbst zu Wort melden, die Gefühle sind ja da. Ich muß doch erst mal die Belegschaft fragen, was sie will. Die denken, wenn die Vertrauensleute geschickt sind und nichts sagen, dann wäre das ein stilles Einverständnis der Belegschaft. Die könnten zumindest mit Zettel Umfragen machen mit ja und nein. Das nennt man Demokratie.

Wenn die Deutsche Bank nicht in der Lage ist die Kontrolle zu behalten über die Finanzen bei KHD und verkündet gebenteilt worden. Erst wurde die Pensionspämie gekürzt, dann kam das Weihnachtsgeld dran und jeder fragt sich: was kommt 1998? Wenn Deutz-Fahr weg ist hat das Kon-

„Wir wurden nicht gefragt“



Warnstreik der ÖTV: Die Kampfbereitschaft war groß

20 Monate Lohnverlust



Es ist eine Sauerlei, was die ÖTV-Führung unterschrieben hat, ohne die Mitglieder gefragt zu haben: eine einmalige Zahlung von 300 DM für die Monate Mai bis Dezember 96 und 1,3 Prozent für 97.

Georg Lohmeyer, ÖTV-Jugendvertreter, Aachen

Die Auszubildenden gingen leer aus. Ostdeutsche KollegInnen, die seit nunmehr sechs Jahren auf Lohnangleichung warten, wurden mit einer Erhöhung auf 85 Prozent des Westtarif abgespielt. Die Streichung der Arbeitsfreizeitsätze und damit die Verhängung der Arbeitszeit wurde widersstandslos zugestimmt: zwei Tage beim Umzug, beim Tode des Ehegatten oder bei der Eheschließung. Im Falle einer schweren Erkran-

pflichtet die ÖTV-Führung eigentlich, über die Tarifpolitik das zurückzuholen, was die Arbeitgeber uns über Sozialkürzungen aus der Tasche ziehen. Eine 10prozentige Lohnerhöhung wäre nötig gewesen, um das auszugleichen, was uns die Kohl-Regierung mit dem Kürzungspaket ramben will. Natürlich hätten die Arbeitgeber bei einer solchen Forderung laut geschrieben: Es ist kein Geld da. Die Frage ist aber erlaubt, warum wir Lohnverzicht üben sollen, wenn den Reichen die Steuern gesenkt werden? Durch die geplante Streichung der Vermögenssteuer werden den Reichen 7 Milliarden DM in die Taschen geschoben! Geld ist doch genug da, nur in den falschen Taschen.

1 Prozent der Bevölkerung besitzt ein Geldvermögen von 2200 Milliarden DM, zehnmal mehr als die gesamte untere

Opposition aufbauen

Gerade der Streikabbruch 92 hat deutlich gezeigt, wie hilflos die Basis sein kann, wenn sie keine Möglichkeit hat, sich auszutauschen und sich zusammenzuschließen. Wir brauchen dringend einen organisierten Austausch der Basis. Wir brauchen eine Opposition in der ÖTV, um den Druck von unten zu bündeln und eine Alternative zur jetzigen Führung aufzubauen.

Alle KollegInnen, die mit der Kompromißpolitik der ÖTV-Führung nicht einverstanden sind, sind aufgerufen, sich am Aufbau einer kämpferischen Opposition zu beteiligen. Um die Mitglieder neu zu motivieren und die Arbeitgeber in ihre Schranken zu weisen, muß das Programm der ÖTV-Opposition folgende Punkte enthalten:

- ★ Kein Tarifschluß ohne Urabstimmung: In den nächsten Jahren werden die Arbeitgeber versuchen, unseren Lebensstandard zu beschneiden und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die besten Verhandlungskünste werden sie nicht daran hindern können. Deshalb gilt es, die volle Kampfkraft der Mitglieder und anderer Beschäftigter des öffentlichen Dienstes einzusetzen.
- ★ Gegen Privatisierung: Privatisierung wird von den Profiteuren und ihren Helfershelfern in der Politik als effizient gepriesen und nicht selten als einzige Möglichkeit hingestellt, den Betrieb zu erhalten. Trotzdem bleibt Privatisierung ein Diebstahl an öffentlichem Eigentum, sie bedauert Lohn- und Stellenabbau
- ★ Kein Stellenabbau: schiebender Stellenabbau wird meist kampfflos hingenommen, z. B. bei Nichtbesetzung freierwerdender Stellen. Personalabbau wird uns als Chance verkauft, das Amt oder den Betrieb „fit“ zu machen. Doch oft ist Abbau der Anfang vom Ende einer Dienststelle.
- ★ Gegen Flexibilisierung: flexible Arbeitszeiten werden uns als ein Stück Selbstbestimmung, als Zeitsouveränität verkauft. In der Wirklichkeit werden die Arbeitszeiten nicht den Interessen der Arbeitnehmer, sondern denen der Arbeitgeber angepaßt. Die Arbeitgeber haben es dann leichter, die einzelnen Mitarbeiter gegeneinander auszuspielen und unter Druck zu setzen.
- ★ Facharbeiterlohn für die Funktionäre: Hohe Gehälter für die Funktionäre

24. August: Bundesweites Treffen für eine ÖTV-Opposition

Für Samstag, den 24. August, laden KollegInnen und Kollegen aus verschiedenen Städten zu einem Treffen ein, um die Vernetzung oppositioneller KollegInnen in der ÖTV voranzutreiben. Wir wollen dort über eine inhaltliche Plattform für eine Opposition in der ÖTV diskutieren, die Erfahrungen von vor Ort austauschen und darüber reden, wie in Zukunft das Einklinken der Führung durch Druck von der Basis verhindert werden kann.

Das Treffen wird in Frankfurt/Main im „Haus der Jugend“ stattfinden. Beginn soll morgens um 11.00 Uhr, Schluß abends ca. 20.00 Uhr sein. Übernachtungen von Freitag auf Samstag oder Samstag auf Sonntag können organisiert werden. Für Raumnutzung und Materialen wird ein Unkostenbeitrag erhoben.

Anmeldungen bitte so schnell wie möglich an: Redaktion VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln, Tel. (0221) 134504, Fax (0221) 137280.

sowie schlechtere und teurere Leistungen. Es ist wichtig, alle Maßnahmen in Richtung Privatisierung wie z. B. Budgetierung, abzulehnen.

★ Für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Durch die Kompromiß-Politik der ÖTV-Führung der letzten Jahre fällt es heutzutage schwer, sich vorzustellen, daß die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich möglich ist. Die ÖTV-Führung hat bei der Arbeitszeitverkürzung von 40 auf 38,5 Stunden keinen Personalausgleich durchgesetzt. Dies bedeutet für die KollegInnen eine Arbeitsverdichtung, so daß heute viele einer weiteren Arbeitszeitverkürzung skeptisch gegenüberstehen.

★ Gegen Stellenabbau: schiebender Stellenabbau wird meist kampfflos hingenommen, z. B. bei Nichtbesetzung freierwerdender Stellen. Personalabbau wird uns als Chance verkauft, das Amt oder den Betrieb „fit“ zu machen. Doch oft ist Abbau der Anfang vom Ende einer Dienststelle.

★ Gegen Flexibilisierung: flexible Arbeitszeiten werden uns als ein Stück Selbstbestimmung, als Zeitsouveränität verkauft. In der Wirklichkeit werden die Arbeitszeiten nicht den Interessen der Arbeitnehmer, sondern denen der Arbeitgeber angepaßt. Die Arbeitgeber haben es dann leichter, die einzelnen Mitarbeiter gegeneinander auszuspielen und unter Druck zu setzen.

fen eine gefährliche Kluft zwischen ihnen und den Mitgliedern. Wie können sie sich für uns konsequent ins Zeug legen, wenn ihre Gehälter nicht an unsere Löhne gebunden sind? Solche Privilegien erleichtern die Kumparei mit den Arbeitgebern. Dann ist es kein Wunder, daß die ehemalige ÖTV-Chefin Monika Wulf-Mathies als EU-Kommissarin absieht und viele Personalräte als Arbeitsdirektoren die Seite wechseln.

★ Für eine Demokratisierung der ÖTV: Wähl- und Abwählbarkeit aller Funktionäre. Die meisten bezahlten ÖTV-Funktionäre sind ernannt und nicht gewählt worden. Sie können auch nicht abgewählt werden, egal was sie anrichten oder auch unterlassen.

Polizeiangriff auf Gewerkschafter

Als die 1000 Beschäftigten des Bosch-Siemens-Hausgerätewerks nach der Kundgebung am 27. Juni, an der 8000 GewerkschafterInnen teilnahmen, wieder an ihrem Werkstor angelangt waren, trauten sie ihren Augen und Ohren nicht: dort richtete das Betriebsratsmitglied Güngör Demirci Dankesworte an die KollegInnen und wurde daraufhin von der Polizei festgehalten und in einen Polizeiwagen gezerrt.

Thomas Rémark von der Sozialistischen Liga beschrieb was passierte: „Einige TeilnehmerInnen meinten, ihr demokratisches Recht in Anspruch nehmen zu dürfen, das Polizeigebaren in Frage zu stellen. Wohl um einem ‚Widerstand‘ gegen die Staatsgewalt vorzubaugen, wählte sich ein junger Polizist auf dem Kampfsportplatz und meinte seine gesammelten Karate-Kenntnisse an acht türkischen ArbeiterInnen ausüben zu müssen. Andere Staatsdiener prügelten, traten, zerrten, sogar Dienstpistolen wurden gezogen. Brillen gingen zu Bruch, blaue Flecken und andere Verletzungen waren die Folge, die bei einem Kollegen sogar die Einlieferung ins Krankenhaus erforderlich machen. Deutsche, polnische und vietnamesische KollegInnen und Kollegen distanzieren sich nicht von ihren türkischen und kurdischen ‚Rädelstühern‘, sondern strömen zu hunderten vom Werksgelände zurück auf die Straße, beschimpfen die Ordnungshüter als Nazis

und umringeln Polizeiwagen.“ Die IG Metall schreibt in ihrem Protestbrief an den Polizeipräsidenten: „Weiter hat die Betroffenen aufgebracht – wie bereits beim Demonstrationstag der IG Metall am 1. Mai diesen Jahres (...) – daß es sich bei den Betroffenen offensichtlich nur um türkische Demonstranten handelt.“

Polizeiübergrippe sind nichts neues. Neu aber sind Übergrippe gegen Gewerkschaftsdemos. Der Vorfall zeigt zweierlei: erstens die rassistische Ausrichtung gerade der Berliner Polizei, zweitens eine Übertragung der harten Gangart von Kohl und Kapital im sozialen Bereich. Es ist zu befürchten, daß das beschriebene Ereignisse kein Einzelfall bleibt, sondern in den nächsten Jahren üblich wird. Dagegen gilt es sich zur Wehr zu setzen. Der Betriebsrat von BSHG hat eine Unterschriftensliste herausgegeben und fordert „die vollständige Aufklärung der Hintergründe, die Bestrafung der Schuldigen und ihre Entlassung aus dem Polizeidienst, die Einstellung der Verfahren gegen die Opfer der Willkür, eine öffentliche Entschuldigung des Polizeipräsidenten und Innenministers.“

Protestbriefe an den Polizeipräsidenten, Platz der Luftbrücke 5, 12101 Berlin, Fax: (030) 69933800. Kopien an BR und VKL von BSHG, Gartenfelder Str. 28, 13599 Berlin, Fax: (030) 38629772, z. Hd. Hakan Dogany.

„Wir haben jahrelang moderate Lohnforderungen gestellt und trotzdem wurden keine Arbeitsplätze geschaffen, sondern abgebaut.“

kung des Ehepartners oder eines Kindes wurden gar fünf Tage abgeschafft.

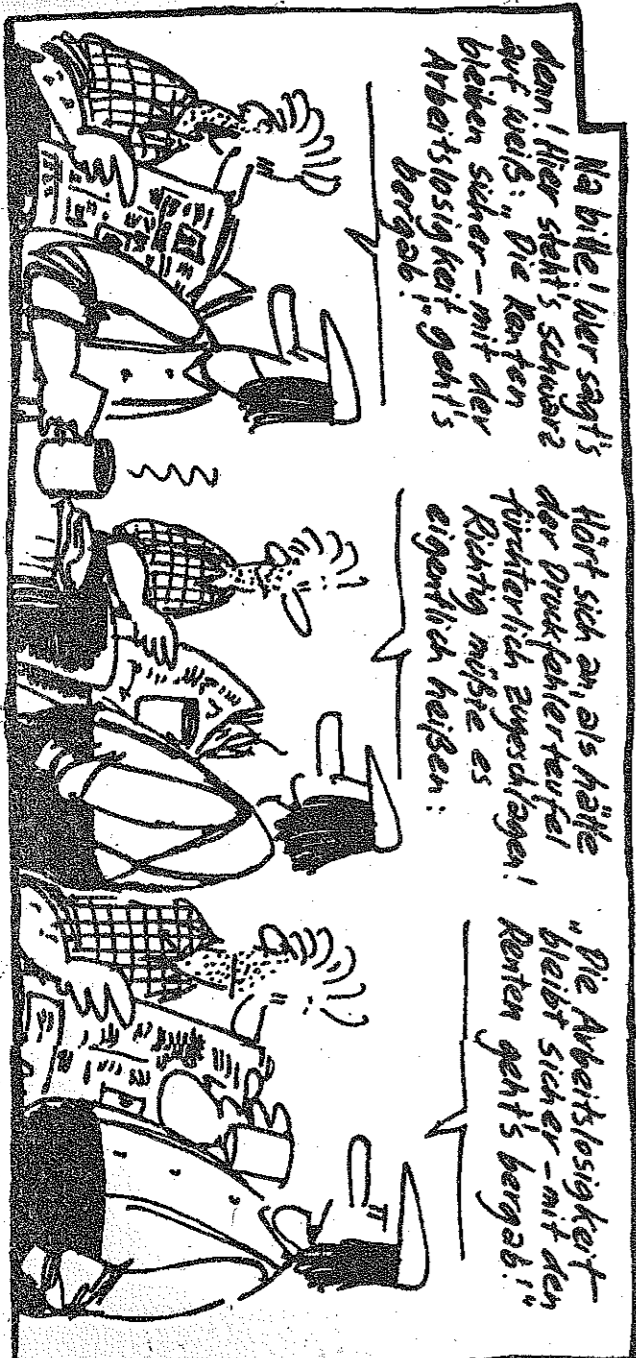
Kampfflos eingeknickt

Dafür ist die ÖTV-Führung verantwortlich. Die KollegInnen waren bereit: „Wir haben jahrelang moderate Lohnforderungen gestellt und trotzdem wurden keine Arbeitsplätze geschaffen, sondern abgebaut.“ Das meinen Kollegen auf einer ÖTV-Info-Veranstaltung am 9. Mai in Berlin. Die geltende ÖTV-Tarifpolitik

Halft der Bevölkerung, zu der ein großer Teil der Familien von ÖTV-Mitgliedern gehört. Herrbert Mai und Co. gehören nicht dazu. Sonst wären sie nicht auf die Idee gekommen, nur 4,5 Prozent zu fordern. Nicht einmal die war ernst gemeint. Für die ÖTV-Führung stand von Anfang an fest: die reine Lohnforderung war 1,5 Prozent, die – dann doch nicht erfolgte – Anhebung Ost war in das Gesamtvolumen hineingerechnet worden! Die eigene Basis wurde hinter Licht geführt.

★ Kein Tarifschluß ohne Urabstimmung: In den nächsten Jahren werden die Arbeitgeber versuchen, unseren Lebensstandard zu beschneiden und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die besten Verhandlungskünste werden sie nicht daran hindern können. Deshalb gilt es, die volle Kampfkraft der Mitglieder und anderer Beschäftigter des öffentlichen Dienstes einzusetzen.

★ Gegen Privatisierung: Privatisierung wird von den Profiteuren und ihren Helfershelfern in der Politik als effizient gepriesen und nicht selten als einzige Möglichkeit hingestellt, den Betrieb zu erhalten. Trotzdem bleibt Privatisierung ein Diebstahl an öffentlichem Eigentum, sie bedauert Lohn- und Stellenabbau



Na biste! Wer sagt's denn! Hier steht's schwarz auf weiß: „Die Renten bleiben sicher – mit der Arbeitslosigkeit geht's bergab.“

Hört sich an, als hätte der Druckfehlersteufler fälschlicherweise die Renten richtig müßte es eigentlich heißen:

„Die Arbeitslosigkeit bleibt sicher – mit den Renten geht's bergab!“

Wer wir sind

Die Sozialistische Alternative VORAN (SAV) steht für **Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus**

Gegenwehr
Massenarbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Sozialabbau, Rassismus, Jugend ohne Zukunft – Gegenwehr ist nötiger denn je. Aber es gibt heute keine Partei, die Konsequenz für die Interessen der abhängig Beschäftigten, Arbeitslosen, Armen, der Frauen und der Jugendlichen kämpft. Wir haben beschlossen, selber Gegenwehr zu organisieren.
Die Marktwirtschaft, der Kapitalismus produziert Krise und Kriege – weltweit. Doch weder SPD noch GRÜNE kämpfen ernsthaft für eine andere Gesellschaft. Deshalb endet ihre Politik letztendlich immer in Anpassung, in Reformabbau statt Reformen. Auch bei der PDS klaffen Worte und Taten meilenweit auseinander.

Solidarität
Solidarität heißt: Für gemeinsame Interessen gemeinsam kämpfen. Statt Bündnis mit den Unternehmern für Arbeitslosigkeit – ein Bündnis der ArbeitnehmerInnen gegen Lohnverzicht und Arbeitsplatzvernichtung. Gegen Spaltung, Standortpropaganda und Lohndruckerei setzen wir den gemeinsamen Kampf der ArbeiterInnen in Deutschland und über Ländergrenzen hinweg.

Wofür wir kämpfen

Unsere Forderungen orientieren sich nicht daran, was Dalmer Benz und die Deutsche Bank brauchen, sondern was für die Menschen notwendig und sinnvoll ist. Und was bei planmäßigem Einsatz von Menschen, Maschinen und Wissenschaft machbar wäre.

Arbeit und Ausbildung
★ Arbeit für alle
★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
★ Mindestlohn von 2000 DM netto
★ Gleicher Lohn in Ost und West

Wohnen
★ Sofortiger Mielenstop und Begrenzung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens
★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen für Jahr

Soziales
★ Rücknahme aller Kürzungen der Kohl-Regierung
★ Kostenloses staatliches Gesundheits- und Pflegesystem
Bundeswehr
★ Radikale Abrüstung und Stopp von Rüstungsexporten
★ Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf sinnvolle zivile Produktion

Umwelt und Verkehr
★ Sofortige Stilllegung aller AKW und Stopp von umweltzerstörender Produktion bei voller Lohnfortzahlung für die Beschäftigten
★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Nulltarif
★ Verstaatlichung der Auto-

Internationalismus
Der Kapitalismus ist international. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn er ebenfalls international ist. Die SAV beteiligt sich am Aufbau einer neuen Arbeiterinternationalen. Sie ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationalen“, das bereits sozialistische Organisationen in 30 Ländern auf allen Kontinenten umfasst.

Sozialismus
Wir wollen das Übel an seiner Wurzel packen. Wir kämpfen für die Abschaffung des Kapitalismus, wir wollen eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Unser Ziel ist Sozialismus – weltweit. Sozialismus heißt: weder Diktatur des Marktes noch Diktatur einer Bürokratie, wie einst im Ostblock. Sozialismus ist demokratisch oder es ist kein Sozialismus. Sozialismus heißt: Statt Produktion für den Profit – Produktion für den Bedarf der Menschen und ihrer Umwelt. Zu diesem Zweck und für diese Ziele wurde die SAV 1994 von Jugendlichen, GewerkschaftlerInnen, JungsozialistInnen und linken SPD- und PDS-Mitgliedern unter der Zeitung VORAN gegründet. Wir fordern jede und jeden auf, mit uns zu kämpfen und mitzumachen.

Frauen
★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
★ Streichung des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch
★ Kostenlose Betreuung für Kinder ab dem 1. und bis zum 12. Lebensjahr

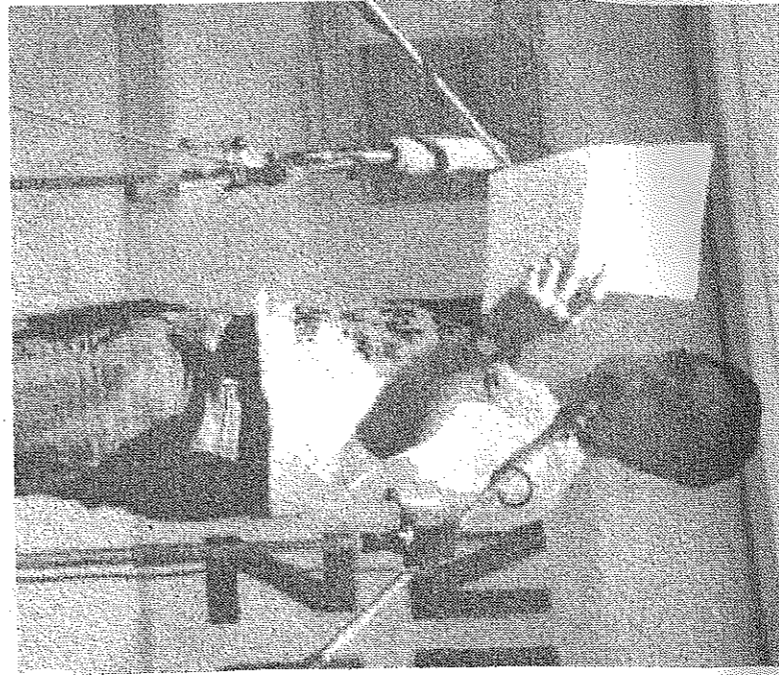
Gegen Rassismus und Faschismus
★ Keine Abschiebungen
★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
★ Abschaffung aller Ausländergesetze
★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten durch antirassistische Bewegung, Gewerkschaften, SPD und PDS

Arbeiterbewegung
★ Für kämpferische, demokratische Gewerkschaften
★ Nein zum Bündnis für Lohnverzicht und Arbeitslosigkeit
★ Keine Zusammenarbeit mit den Parteien des Kapitals
★ Abgeordnete und Funktionäre dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeitervollständigen

Für eine sozialistische Demokratie
★ Keine Privatisierung. Verstaatlichung aller Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung
★ Für eine demokratische Planwirtschaft, in der die Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt wird
★ Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre in Wirtschaft und Staat. Keine Privilegien für Funktionäre, sondern durchschnittlichem Facharbeiterlohn

„Warum ich bei der SAV mitmache“

Martin Braun, 27, Arbeiter bei Deutz-Fahr in Köln:
„Der Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze bei Deutz-Fahr hat eine große Rolle gespielt, daß ich SAV-Mitglied geworden bin. Ich habe SAV-Mitglieder in der Initiative „Arbeit in Kalk“ kennengelernt, die uns sehr unterstützt hat. Früher war ich nicht politisch engagiert. Als Arbeitnehmer war ich SPD-Anhänger. Aber die laufen in der gleichen Schiene wie die CDU. Das hat mich



Auftraktkundgebung der Demo in Bonn am 15.6.96: Martin Braun berichtet über den Streik bei Deutz-Fahr

überzeugt, daß die SPD, egal wer bei denen an der Spitze ist, absolut nichts mehr bringt. Auch Gewerkschaften und Betriebsräte müssen kämpferischer werden und sich stärker für die Belegschaften einsetzen. Wenn wir die Ernungenschaften von 1997 erhalten wollen, müssen die Machenschaften von Unternehmen unterbinden und die Gesellschaft umstrukturieren. Dazu brauchen wir Sozialismus. Deshalb will ich mich aktiv beteiligen und bin in die SAV eingetreten.“

Deodat Foitzik, Zivi aus Aachen

„Links war ich eigentlich schon immer. Ich hatte immer das Gefühl, daß die da oben eh' machen was sie wollen. Das Profitsystem zerstört die Lebensgrundlage der Menschheit. Deshalb finde ich den Ansatz der SAV richtig, nicht bei Aktionen gegen konkrete Probleme stehenzulieben, sondern weiterzudenken und das System grundlegend zu verändern. Ich habe mich auch bei anderen linken Gruppen umgesehen, zum Beispiel bei den Jusos. Da kann aber inhaltlich-politisch nicht so besonders viel bei rüber.“



Diskussionen auf der Demo am 15. Juni in Bonn entschlossen mitzumachen.

Werde Mitglied der SAV!

- Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit
 - Ich möchte Mitglied der SAV werden.
- Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben am SAV-Stand, Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an:
Sozialistische Alternative VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Infofon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

Sozialistische Alternative VORAN – Ortsgruppen

- Rostock**
Dienstags, 19 Uhr, Augustenstraße 112a
Infos unter 03 81/499 69 90
- Berlin**
OG Treptow: montags 19 Uhr, Kinderalden Fun-Fun, Defregger Str. 2, S-Bahn Treptower Park
OG Prenzlauer Berg: montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jablonstr. 27a, S-Bahn Prenzlauer Allee
OG Wedding: donnerstags 19 Uhr, Linienstr. Wedding, Weddinger 6, U-Bahn Nauener Platz
Infos unter 030 / 4439311 anfragen
- Kassel**
OG Nordost: freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12
OG West: sonntags, 18.30 Uhr, Cafe Libre, Fr.-Ebert-Str. 171 (gegenüber der Stadthalle)
Infos unter 05 61 / 1 64 91
- Bremerhaven**
8is Mitte August: Mittwochs, 19 Uhr, SAV-Büro, Hakenstr. 64
Infos über Themen unter: 04 71 / 41 75 48
- Bremen**
Mittwochs, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehnschloß, Hastedter Osterdeich 230, Weitere Infos über Bundeszentrale
- Aachen**
OG Ost: montags, 19 Uhr, SEDAN-Eck, Adalbertsteinweg 233
OG Nord: dienstags, 19 Uhr, Griechische Gemeinde, Rudolfstr. 18
Infos unter 02 41/50 86 85
- Siegen**
Freitags, 19 Uhr, Evangelische Studentengemeinde (ESG), Burgstraße 8 (bei oberen Schloß)
- Köln**
Donnerstags, 19 Uhr, Bürgerzentrum Deutz, Tempelstraße 41, U-Bahn Deutzer Heintel
Infos unter 02 21 / 13 45 04
- Frankfurt/Main**
Donnerstags, 19 Uhr, Club Voltaire, Keine Hochstraße 5
Weitere Infos unter 0 69 / 45 32 75
- Stuttgart**
OG Mitte: jeden Mittwoch, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hehe Str. 9
OG Süd-West: jeden Mittwoch 18.30 Uhr, Jugendhaus Hesiach (Beblinger Str. 92)
- Freiburg**
Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfahren

SAV-Spendenfonds

Nachdem Deutschland mit einer Krankenhausrufen Mannschaft nun doch Europameister geworden ist (die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall dürfte bei unseren Kickern wohl gesichert sein), können wir uns wieder ganz auf den Kampf gegen das Spaarpaket und auf die Finanzierung unserer Arbeit konzentrieren.
Mit 10 730 DM, die SAV-Mitglieder am 15.6. in Bonn bei der Kundgebung des DGB sammelten, wurde das beste Tagesergebnis in unserer Geschichte erzielt. Nach Abzug der Kosten und der Gelder, die in den Orten verbleiben, konnten 6815 DM im Monat Juni für die Bundeszentrale verbucht werden.
Nachdem der Spendenappell für diesen Sommer in 7 von 11 Orten gelaufen ist, konnten 6700 DM an Bargeld und Schuldscheinen eingenommen werden. Wir möchten noch einmal alle SAV-Unterstützer auffordern eine Spende zu machen und das Geld schnell zu über-

weisen, da 3500 DM an unsere Internationale gehen sollen, die von 15.7.-20.7 ein europaweites Internationales Treffen im Gent (Belgien) abhalten wird.
Um die Spendeneinnahmen über dem Sommer auf einem konstanten Niveau zu halten, muß sich besonders auf Konzerte und Großveranstaltungen konzentriert werden, bei denen richtiger Vorbereitung bei schnell 500 DM drin sind. In Köln sammeln: 8 SAV-Mitglieder beim jährlichen Straßenfest der Schwulen, Lesben und Bi-Sexuellen, dem Christopher Street Day, 700 DM.
Frank, Bundeszentrale Spendenkonto
Konto-Nummer 2500 59-430
Postbank Essen (BLZ 360 100 43)

ABONNIERT VORAN!

zehn Ausgaben zu 18,- DM
 zusätzlich Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
 Förderabo, 10 Ausgaben zu DM (ab 30,-)

Name, Anschrift, Telefon

Überweisen an: VORAN, Postgironummer, BLZ: 360 100 43, Konto-Nr.: 250 059-430 – keine automatische Abo-Verlängerung
Abschnitt schicken an: Red. VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

VORAN IMPRESSUM
Überregionale, marxistische Monatszeitschrift erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redaktion: Angela Bankert
Erscheinungswerte: monatlich
Druck: Berger und Rossmann GbR, Kassel
Redaktionsratschaft: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon: 02 21/13 45 04 oder 13 46 04
Telefax: 02 21/13 72 80
Bankverbindungen: Postgironummer, BLZ: 360 100 43, Konto-Nr.: 2500 59-430

Ausbildungsnotstand

Höchste Zeit, aktiv zu werden

Anfang 1995 versprachen die Arbeitgeber bis 1997 10 Prozent mehr Lehrstellen zu schaffen. Die glorreiche Zweisphenblanz im März 1996: 413.055 angebotene Lehrstellen, was einem Rückgang von 7,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Über eine halbe Million Jugendlichen unter 25 Jahre sind arbeitslos gemeldet.

Angelika Teweleit, ÖTV, Kassel

In den letzten vier Jahren sind insgesamt 250 000 Lehrstellen abgebaut worden. In Ostdeutschland ist die Lage für Jugendliche besonders schlimm: auf drei Bewerber kommt nur ein Ausbildungsplatz. Die Situation wird sich in diesem Herbst noch verschärfen. Laut Bericht des Arbeitsamts vom Juli werden dann 120 000 Lehrstellen fehlen. Man spricht

schon jetzt von der drohenden Ausbildungskatastrophe.

In den letzten Jahren wurden viele Jugendliche, besonders im Osten, in staatlich geförderten Warteschleifen aufgefangan, so daß sie nicht direkt arbeitslos wurden. Aber mit dem Sozialkutschlag werden auch solche Trostpfaster weggerissen. Anhebung des Rentenalters und Ausdehnung der Wochenarbeitszeit nehmen natürlich auch gerade der Jugend Arbeitsplätze weg.

Nur durch eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und Verteilung der Arbeit auf alle können auch genug Lehr- und Arbeitsstellen für Jugendliche geschaffen werden.

Azubi-Vergütung

Die Arbeitgeber haben auf all das dieselbe Antwort wie bei den Erwachsenen: die Ausbil-



Am 6. Dezember organisierte die DGB-Jugend Aktionen nach dem Motto "Deine Einstellung zählt", wie hier in Aachen. Doch wo kein Druck von unten kam, wurden daraus eher Luftballon-Aktionchen.

dungsvergütung sei zu hoch. Und was sagt die Gewerkschaft dazu? Die ÖTV bezeichnet den Vorstoß Kanthers in der Tarifrunde, die Ausbildungsvergütung um 5 Prozent zu kürzen, als "zynisch".

Am Ende stimmte die Gewerkschaftsführung aber doch dem Schlichterspruch zu, der das Entziehen der Azubi-Vergütungen bis 1997 beinhaltet. Dafür versprachen die öffentlichen Arbeitgeber sage und schreibe 1200 neue Lehrstellen

zu schaffen - nachdem sie im den letzten fünf Jahren 30 Prozent gestrichen haben.

Es wird höchste Zeit, daß wir uns in Schulen und Ausbildungsstätten zusammenschließen, um im Herbst gemeinsam für genügend Ausbildungsplätze und

Übernahme in den erlernten Beruf zu kämpfen. Weitere "Bündnis"-Gespräche zwischen Gewerkschaftsführern und Arbeitgebern führen in die Sackgasse. Mir der Großdemo am 15. Juni in Bonn ist ein Anfang gemacht

worden. Damit besteht die Chance, die Forderungen der Jugend wie "Wer nicht ausgebildet, soll zahlen" in eine größere Bewegung mit mehr Durchschlagskraft einzubringen.

Gleichzeitig müssen eigenständige Aktionen der Jugend laufen, z. B. Demos oder Besetzung von Ausbildungsstätten. Im letzten Herbst gab es einen guten Anfang. In einigen Städten wie auch Kassel sind gemeinsame Demos von Schülern, Studentinnen und Azu-

bis organisiert worden. Dazu mußte man allerdings vor allem der Gewerkschaftsjugend Druck machen, damit mehr lief als Luftballon-Aktionchen.

An diese Aktionen vom letzten Jahr müssen wir anknüpfen, die Mobilisierung vorbereiten und in bundesweiten Aktionen bündeln. Jugendliche in Schule, Uni und Betrieb sind gleichermaßen von Kürzungspolitik und Arbeitslosigkeit betroffen. Darum müssen wir auch gemeinsam kämpfen. ■

Libecker Brandanschlag

Safwan ist unschuldig!



Am 9. 3. 96 demonstrierten 250 für die Freilassung von Safwan.

Der Ermittlungsskandal im Fall Safwan Eid nimmt kein Ende. Nun droht doch ein Prozeß gegen ein Opfer des mörderischen Brandanschlags vom 18. Januar - gegen einen Menschen, dessen Unschuld längst bewiesen ist.

Holger Wulff, Libecker Bündnis gegen Rassismus

Das Gericht stellte am 2. Juli fest, daß Safwan Eid nicht über Täterwissen verfügte. Ein Motiv konnte nicht festgestellt werden. Alle Gerichte und Behauptungen über Streitigkeiten oder Rauchgeglüsten unter Nachbarn konnten nicht aufrechterhalten werden. Selbst das Brandgutachten der Ermittler wird erheblich angezweifelt.

Dies war jedoch kein Grund für das gleiche Gericht, drei Tage später, das Hauptverfahren gegen den jungen Libanesen zu eröffnen. Gleichzeitig weisen sich die Ermittlungsbehörden

noch immer, dem dringenden Tatverdacht gegen vier deutsche Neonazis nachzugehen.

Drei von Ihnen sind in der Brandnacht am Tatort gesehen worden und kurzzeitig verhaftet worden. Ihr mögliches Motiv liegt auf der Hand: Einer trägt auf seiner Jacke den „Steg-Heil“-Spruch, ein anderer einen Totenkopfbildung der SS, der Dritte war „in Rostock dabei.“ Sie hatten Brand- und Sengsprünge im Gesicht.

Der Hauptbelastungszeuge, der Sanitäter Jens L., hat seiner eigenen Aussage widersprochen und soll das „Wir waren es“ jetzt am Ereignisort selber statt auf dem Weg zum Krankenhaus gehört haben. Damit hat er seine Aussage an die des Sanitäters Matthias L. angeglichen. In dem Spind von Matthias L. wurde faschistische Propaganda, ein Plan zum Aufbau einer Libecker Wehrportgruppe, sowie eine Gaspistole und ein Gummiknüppel gefunden.

Die Aufforderung des Bürgermeisters Michael Boutellier zum „zivilen Ungehorsam“ um Pflichtlinge zu schützen hat noch immer Bestand und Aktualität. Sie ist eine Aufforderung an uns alle zum Handeln. ■

Angespaßt oder kämpferischer?

Vom 6. bis 9. Juni fand in Oberursel der Reformkongreß der DGB-Jugend statt, auf dem neue Grundsätze zur Struktur und Programmatik beschlossen werden sollten. In den Eröffnungsreden war vielfach zu hören, daß jugendliche mehr Mitsprache in den Gewerkschaften haben müßten.

Daniel Behruzi, ÖTV-Delegierter, Aachen

Das eröffnende Plenum bestand dann aber aus einem 50minütigen Referat eines Soziologieprofessors und weiteren Monologen von Funktionären. Die etwa 400 Delegierten konnten sich nicht einschalten. Auch im weiteren Verlauf waren keine Diskussionen zu Grundsätzlichen oder Akuellem eingeleitet. Die Anträge waren als

„Kompromißpapiere“ schon vorher in monatelangem Verhandlungen zwischen den Einzelgewerkschaften erstellt worden.

Eklat

Zu lebhaften politischen Diskussionen kam es erst, als die IG Metall-Jugend eine Resolution gegen den Entwurf zum neuen DGB-Grundsatzprogramm einbrachte. Darin fordert sie, daß „ein Grundsatzzprogramm als Ziel die Überwindung jeglicher Unterdrückung, Ausbeutung und Ausgrenzung beinhaltet“ müsse. Im DGB-Programmentwurf heißt es dagegen: „Der Staat braucht die Beteiligung und kompetente Beratung von großen gesellschaftlichen Organisationen, die bereit sind, notwendige Kom-

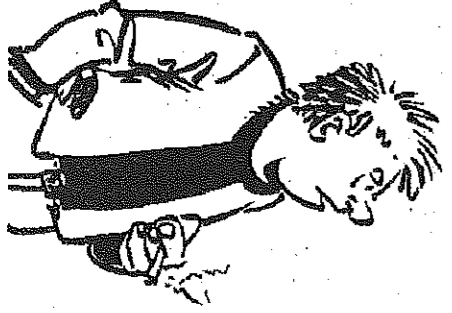
promisse mitzutragen. Den Gewerkschaften kommt dabei mit ihrer Kompetenz und Erfahrung hohe Bedeutung zu.“ Die Gewerkschaft soll also weiterhin die Angriffe von Regierung und Kapital auf uns flankieren!

Die Resolution der IGM-Jugend wurde mit klarer Mehrheit verabschiedet. Daraufhin verließen die Delegierten von IG Chemie, Bergbau, Polizeigewerkschaft und Teile der ÖTV das Plenum, weil die IGM „den Konsens aufgekündigt“ habe. Die meisten dieser beleidigten Delegierten setzten trotz Sozialkutschschlag und Massenarbeitslosigkeit immer noch auf Sozialpartnerschaft und „Bündnis für Arbeit“.

Wie weiter?

Die DGB-Jugend hat allein zwischen 1991-94 über 40 Prozent ihrer Mitglieder verloren. Wegen Überlastung der wenigen Aktiven, bürokratischer Strukturen, unattraktiver Grenzanarbeit werden kaum kritische Jugendliche aktiv, finden kaum öffentliche Aktionen statt.

Auf dem Kongreß ist deutlich geworden, daß sich auch unter den Aktiven große Unzufriedenheit mit der Politik der Gewerkschaftsführung breitgemacht hat. Diese Unzufriedenheit gilt es zu bündeln und die DGB-Jugend wieder zu einer kämpferischen Opposition im DGB zu machen. ■



Was hast'n für die Brille bezahlt?



Viel, Mann!

Jugend Offensive

JUGEND GEGEN RASSISMUS IN EUROPA (JRE)

Wahl zwischen Pest und Cholera

Die Präsidentschaftswahlen in Rußland wurden allgemein als Entscheidungsschlacht zwischen „Kommunismus“ (Sjuganow) und „Demokratie“ (Jelzin) dargestellt. Erleichterung herrschte, als Jelzin und sein neuer Sicherheitschef General Lebed, dem laut „kax“ nur noch „der nötige demokratische Feinschliff“ fehle, das Rennen gegen den Kandidaten der KP machten. Jelzin lag vor allem in den Großstädten (rund 65 Prozent) und bei der Jugend (rund 70 Prozent) vorne, während Sjuganow in den mittleren Industriestädten, auf dem Land, und von der älteren Generation (je rund 50 Prozent) stärker gewählt wurde.

Die Hintergründe der Wahl untersucht Rob Jones, MILLTANT-Reporter in Moskau. Die Medienpropaganda wäh-



Der angebliche „Demokrat“ Jelzin unterdrückt demokratische Rechte z. B. in Tschetschenien und holt sich mit General Lebed einen Sicherheitschef ins Amt, der den chilenischen Ex-Diktator Pinochet verehrt.

rend des Wahlkampfes im staatlichen Fernsehen waren demnach von Boris Jelzin beherrscht, daß man es keinem Wähler verdenken konnte, wenn er zu dem Schuld kam, es gäbe nur einen einzigen Kandidaten. Jelzins Kampagne nahm sich besonders der Jugend an. Große Konzerte wurden in vielen Städten davon zu überzeugen, daß sie entweder Jelzin wählen müßten oder es bereuen werden. 30 Millionen Flugblätter wurden unters Jungvolk verteilt, in denen man sie warnte, daß Sjuganow Lebensmittel-Rationierung und Zwangslager wieder einführen werde. Nur Jelzin könne die Wiederherstellung des Kommunismus verhindern. Er versprach die Abschaffung des unpopulären Wehrdienstes und die Einführung einer Befristung bis zum Jahr 2000. Jelzin appellierte aber durch-

aus auch an die älteren Wähler, indem er gelegentlich im patriotische Aufzug der KP auftrat. So wurde seit 1991 erstmalig wieder eine militärische Siegere Parade organisiert, bei der sich Jelzin vor dem Lenin-Mausoleum unter der roten Sowjet-Fahne präsentierte.

Tschetschenien

Für die überwältigende Mehrheit der Wähler stand das Tschetschenien-Problem im Vordergrund, was Jelzin dazu veranlaßte, einen Waffenstillstand zu verkünden. Gleichzeitig gingen allerdings die Angriffe der russischen Armee auf tschetschenische Dörfer weiter.

Jelzin erklärte, die wirtschaftlich schwersten Jahre seien vorbei. In der Tat ist die Inflation, die 1992 noch 50 Prozent im Monat betrug, auf 1,5 Prozent monatlich heruntergegangen. Und nach dem wirtschaftlichen Kollaps der Jahre 1991-95, als das Sozialprodukt um die Hälfte schrumpfte, sieht der diesjährige kleine Rückgang des Sozialprodukts geradezu respektabel aus.

In den Monaten vor der Wahl wurden einige rückständige Löhne ausbezahlt und die Zahl der Streiks ging zurück. Aber viele Arbeiter, selbst in Moskau, erhalten ihre Löhne immer noch verspätet. Es gibt keine Anzeichen für wirkliche ökonomische Erholung und einige Experten warnen vor weiteren Katastrophen in nächster Zeit.

In Anbetracht der Bilanz des Jelzin-Regimes hätte es jeder auch nur halbwegs kompetente Gegenkandidat schaffen müssen, diese Wahlkampagne zu kontorn. Aber Sjuganow erwies

sich dazu als unfähig.

Jelzins Waffenstillstand in Tschetschenien, der ohnehin sehr zerbrechlich ist, hat nichts gelöst. Er bietet nur weitgehende Autonomie-Rechte – aber innerhalb der russischen Grenzen. Die einzige Kritik der KP daran war, daß dieses Angebot zu spät käme. Auch Sjuganow weigert sich, das Recht der Tschetschenen auf Selbstbestimmung anzuerkennen.

Sogar die tschetschenischen Unabhängigkeitsführer befürchteten, daß ihre Lage unter Sjuganow schlimmer würde, und nahen sich ihrerseits an den Waffenstillstand im Wahlkampf. Die Witwe Dudajews (des toten tschetschenischen Rebellenführers) erklärte sogar öffentlich ihre Unterstützung für Jelzin.

Sjuganows „Programm“

Mit der Art und Weise, wie Sjuganow an die ältere Generation appellierte, entfremdete er die Jugend. Er kritisierte die Jugend, daß sie die ältere Generation verraten habe und im Regen stehen lasse.

Trotz allem stimmten viele Arbeiter für Sjuganow, weil sie sich von ihm eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage erhofften. Eine trügerische Hoffnung. Sjuganow erklärt, nicht die Frage des Eigentums sei für ihn entscheidend, sondern die technologische Umrüstung der Wirtschaft. Er sagt ausständischem Kapital die Unanständigkeit zu und tritt für höhere Militärausgaben ein. Höhere Renten und pinklittliche Lohnzahlung will er durch die Wiedereinführung des staatli-



Der angebliche „Kommunist“ Sjuganow tritt für die Unantastbarkeit von ausländischem Kapital ein.

chen Wodka-Monopols finanzieren. Es ist nicht auszumachen, wie ein solches Programm die Wirtschaft aus der Depression holen könnte.

Zwischenzeitlich hat er sich bereit erklärt, aus der KP auszutreten und eine Koalitionsregierung mit Jelzin zu bilden, die auch den radikalen Marktwirtschaftler Jabinski und Jelzins neuer Sicherheitschef General Lebed einschließen soll. Letzterer sieht im chilenischen Diktator Pinochet ein Vorbild, der ein chilenisches Wirtschaftswunder vollbracht und dabei nur 400 Menschen umgebracht habe.

Trotz allem haben auch politisch bewußtere Arbeiter Sjuganow gewählt. Nicht, weil sie sein Programm unterstützen, sondern weil sie eine weitere Amtsperiode Jelzins verhindern wollten. Sie hofften, ein Wechsel im Präsidentenamt würde die Staatstrukturen schwächen, das ausländische Kapital stärker bremsen und die Illusionen in der KP schneller erledigen, und dadurch zu besseren Rahmenbedingungen für ehrliche linke Po-

litik führen.

Aber leider muß jede ernsthafte Analyse der KP-Politik zu dem Schluß kommen, daß Sjuganows Sieg nur zur Verschärfung der nationalen Spannungen, zur Fortsetzung der wirtschaftlichen Stagnation und womöglich gar zur Vertiefung anti-„kommunistischer“ Stimmungen besonders unter der Jugend geführt hätte. Im Falle einer Koalitionsregierung unter Einschluß Sjuganows würde auch diese nur den Interessen der neuen russischen Kapitalistenklasse dienen.

Die Schlußfolgerung für Arbeiter und Jugendliche, die Jelzin loswerden und wirklichen Sozialismus in Rußland aufbauen wollen, kann nicht sein. Sjuganow und die angebliche „KP“ zu unterstützen. Es gilt vielmehr geduldig zu erklären und dafür zu arbeiten, daß Arbeiter und Jugendliche sich selbst organisieren müssen, um eine kämpferische Arbeiterbewegung wieder aufzubauen, die die Interessen der Arbeiterklasse verteidigen kann.

Terror durch Abacha-Regime setzt weiter

Nur wenige Monate nach der Hinrichtung von Ken Saro-Wiwa und 19 anderen Vertretern des unterdrückten Ogoni-Volkes erreicht uns ein neuer Hilferuf aus Nigeria, von einem Volk, das von einer barbarischen und selbstgefälligen Militärdiktatur in Ketten gehalten wird.

Sascha Stanicic, Köln

Drei Jahre nachdem der bei den ersten demokratischen Wahlen siegreiche Chief Abacha, anstatt das Präsidentenamt zu besetzen, ins Gefängnis geworfen wurde, geht das Regime von General Abacha mit gesteigelter Brutalität gegen die Demokratiebewegung vor.

Im Mai wurde Abichas Ehefrau, selbst führend in der Demokratiebewegung aktiv, ermordet. Noch eine Woche vor ihrem Tod sprach sie auf einer Veranstaltung der „Kampagne

für unabhängige Gewerkschaften“, einer der aktivsten Oppositionsgruppen in der Arbeiterklasse.

Der Organisationsleiter der National Conscience Party (NCP, Partei des Nationalen Gewissens), Femi Aborisade, wurde am 14. Februar in dem Parteigebäude der NCP verhaftet und sitzt seitdem im Gefängnis. Ein Verfahren wurde bisher nicht eröffnet. Am 7. Mai wurde Biodun Olanosu in der nördlichen Region Kano, für die er Leiter der NCP ist, verhaftet. Er verteilte Flugblätter, die zum Boykott undemokratischer Kommunalwahlen, aufrief und soll nun des Terrorismus angeklagt werden. Dies bedeutet bei Verurteilung automatisch die Todesstrafe.

Die NCP ist die wichtigste demokratische Oppositionspartei. Die Unterstützer der marxistischen Zeitung MILLTANT, der

nigerianischen Schweserzeitung von VORAN, sind in der NCP aktiv. Nach der Hinrichtung von Ken Saro-Wiwa war es die NCP, die eine Protestdemonstration von einigen Tausend in Lagos organisierte, die von der Polizei angegriffen wurde.

Die „Kampagne für unabhängige Gewerkschaften“ klagt vor allen Dingen den Ominiti Shell aufgrund seiner Zusammenarbeit mit der Militärdiktatur an. Shell produziert fünfzig Prozent des Öls in Nigeria und hat militärische Operationen im Ogoniland finanziert.

Das Komitee für eine Arbeiterinternationale, die internationale sozialistische Organisation, führt die SAV angeschlossen ist, führt eine weltweite Solidaritätskampagne für die Freilassung von Femi Aborisade, Biodun Olanosu und allen anderen politischen Gefangenen durch.

Im Mai fanden Proteste in Australien, Rußland, Brasilien, Schweden, Griechenland, Polen und anderen europäischen Ländern statt. Auch in Deutschland protestierten SAV-Mitglieder vor der nigerianischen Botschaft.

Wir rufen zur Solidarität mit der Forderung nach der Freilassung der Verhafteten an General Abacha, State House, Abuja, Nigeria, Fax: 00234 9 523 2138, an die NCP, PO Box 1114

Surulere, Lagos State, Nigeria und an die SAV. Ebenso dringend werden Spenden für die NCP und die CIU gebrauch: Überweist Spenden mit dem Stichwort „Nigeria“ auf das SAV-Konto. Wir schaffen das Geld auf sicherem Wege nach Nigeria.



Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, englisch CWI – Committee for a Workers' International).

Unser Ziel ist die weltweite Abschaffung der kapitalistischen Profit- und Konkurrenzwirtschaft und ein Zusammenschluß sozialistischer Länder. Eine internationale demokratische Planung der Produktion könnte vernünftige Ernährung, Arbeit und Obdach für die ganze Weltbevölkerung ermöglichen und die grenzübergreifenden Auswirkungen der Produktion auf die Umwelt berücksichtigen. Wir haben die sogenannten „realsozialistischen Staaten“ nie als sozialistisch anerkannt und sind für den Sturz der dort herrschenden Bürokratie durch die Arbeiter eingetreten, aber auch gegen die Wiederführung des Kapitalismus.

Wir setzen uns für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisieren Hilfe für Arbeiter, die sich im Kampf gegen die Unternehmer oder den Staat befinden.

Das KAI wurde 1974 von Sozialisten aus Großbritannien, Deutschland, Schweden und Irland gegründet. Das KAI ist heute in 30 Ländern auf allen Kontinenten vertreten, unter anderem in den USA, Kanada, Brasilien, Chile, Großbritannien, Irland, Frankreich, Belgien, Holland, Spanien, Portugal, Schweden, Österreich, Griechenland, Rußland, Tschetschenien, Nigeria, Südafrika, Pakistan, Sri Lanka, Indien und Australien.

USA Gewerkschafter gründen Arbeiter-Partei

Die Stadt Cleveland, Ohio, war im Juni Schauplatz der vielleicht historisch bedeutendsten Zusammenkunft für die amerikanische Arbeiterklasse seit dem Aufbau der großen Industriegewerkschaften in den 30er Jahren. 1400 Delegierte kamen zur Gründungskonferenz der neuen Labor-Party (Arbeiterpartei).

Reporter von Labor Militant

Diese Partei könnte den Arbeitern eine Chance geben, sich von der Vorherrschaft der politischen Zwillingsspieler des US-Kapitalismus zu lösen - von den Republikanern und den Demokraten.

„Wir halten die Demokraten und die Republikaner für so



Südkorea

Eine massive Streikwelle läuft derzeit in Südkorea. Arbeiter in der Autozulieferindustrie forderten die 40-Stunden-Woche, mehr Jobicherheit und höheren Lohn. Der Streik führte zu Engpässen beim Autohersteller Hyundai. Die Arbeiter erreichten einen Teilerfolg mit 11 Prozent mehr Lohn. Bei KIA, dem zweitgrößten Autohersteller Koreas, forderten 16 000 Streikende Arbeitszeitverkürzung und das Recht auf gewerkschaftliche Organisation.

Streikandrohungen gab es auch im öffentlichen Dienst, beim Nahverkehr und bei der Telekom, die vom Staat mit der Androhung militärischen Eingreifens verhindert wurden. Dennoch wurden Zugeständnisse wie das Recht auf gewerkschaftliche Organisation beim neuen Gewerkschaftsdachverband KCTU erreicht. Immer mehr Arbeiter wenden sich dem KCTU zu, obwohl er für illegal erklärt wurde und 30 seiner führenden Vertreter im vergangenen Jahr wegen gewerkschaftlicher Betätigung inhaftiert wurden. Dennoch zählt der KCTU mittlerweile 440 000 Mitglieder in 850 Betrieben.

Brasilien

Geschätzte 12 Millionen beteiligten sich am 21. Juni an einem Generalstreik, zu dem der Gewerkschaftsverband CUT aufgerufen hatte. Er richtete sich gegen das jüngste Kürzungsprogramm der Regierung. Der CUT hatte den Generalstreik auf Druck von unten ausgerufen, jedoch kaum mobilisiert und keine Demos organisiert, sondern die Arbeiter auffordert, zu Hause zu bleiben. Daher war die Beteiligung nicht flächendeckend, sondern vor allem stark um Sao Paulo und in anderen Industriestädten.

ähnlich, daß die beiden Kandidaten Clinton und Dole wie Zahnschmerz und Kopfschmerz sind, beide auf ihre Art schmerzhaft, daß es keinen Unterschied für die Leidenden macht - die arbeitenden Amerikaner," sagte Robert Wages von der Gewerkschaft der Öl-, Chemie-, Atom-Arbeiter (OACW). OACW war eine von mehreren Gewerkschaften, die die neue Partei unterstützen und zusammen über eine Million Arbeiter vertreten. Dazu zählen die Bergarbeiter, Brotherhood of Maintenance of Way Employees (eine Eisenbahnergewerkschaft), die Vereinigten Elektrizitäts-Arbeiter, die Amerikanische Föderation der Reinerwerbungsbeschäftigten, der Kalifornische Krankenschwestern-Verband und die Internationale Hafen- und Lagerarbeiter-Gewerkschaft der Westküste.

Programm

Die Konferenz nahm ein radikales 16-Punkte-Manifest an, mit Forderungen für eine 32-Stunden- und 4-Tage-Woche, das Recht auf eine Mindeststundenlohn von 10 Dollar, Wiedereinführung von Streik- und Organisationsrechten und ein öffentliches Gesundheitswesen.

Dieses Programm ist ein Ausdruck der Sorgen und Nöte der Menschen aus der amerikani-

schen Arbeiterklasse. Die arbeitenden Menschen haben einen angemessenen Lebensstandard verdient. Wir schaffen allen Reichtum, aber viele von uns trennt nur ein Monatsgehalt von der Armut.

Labor Militant hat seit über 15 Jahren für eine unabhängige Labor-Partei gekämpft und war aktiv in der Vorläuferorganisationson, den Labor Party Advocates. Auf der Gründungskonferenz der Partei hatten wir rund 20 Delegierte. Wir verkauften 250 Exemplare unserer Zeitung Labor Militant und verteilten 1000 Flugblätter. Es gab viel Sympathie für unsere Ideen.

Wir argumentierten auf der Konferenz für demokratische Parteistrukturen und ein soziales Programm. Die Banken und großen Konzerne würden solch einen fundamentalen Wechsel in der Wirtschaft und Politik Amerikas nicht einfach widerstandslos hinnehmen. Wir plädierten für Forderungen, wozu nach zur Finanzierung der Reformen die Reichen besteuert, der Kriegseinsatz gekürzt und Firmen, die mit Werkschließungen drohen, in öffentliches Eigentum überführt werden sollen.

Drei von vier US-Arbeitern stehen heute wirtschaftlich schlechter als 1980. Gleichzeitig besitzen gerade mal 10 000 Leute die entscheidenden Anteile

in den 500 führenden Finanz- und Industrieunternehmen, die ihrerseits fast Dreiviertel des US-Unternehmensbesitzes kontrollieren. Diese Partei muß sich für öffentliches Eigentum und demokratische Kontrolle der Wirtschaft aussprechen.

Schritt nach vorn

In den USA wollen viele Arbeiter die Verbindungen zu den Demokraten brechen. In anderen Ländern sind aber ironischerweise die Führer vieler Parteien, die aus der Arbeiterbewegung entstanden sind, fast wie die US-Demokraten geworden.

Eine Arbeiterpartei kann entweder ihren Frieden mit den Bossen schließen und Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiter auf Bildung, auf Gesundheit zulassen. Oder sie kann Maßnahmen ergreifen, um die erdrückende Herrschaft einer kleinen Zahl reicher Unternehmen über die Gesellschaft zu beenden.

Der kapitalistische Nachkriegsaufschwung, der einen gewissen Frieden zwischen Kapital und Arbeit ermöglichte, ist vorüber. Wir sollten uns selbst verteidigen und unsere Bewegung aufbauen, einschließlich Massendemonstrationen, Besetzungen und zivilem Ungehorsam. Als Sozialisten kämpfen wir



Die SAV-Schwesterorganisation Labor Militant kämpft schon seit Jahren für die Gründung einer Arbeiterpartei.

für ein System, in dem die Macht in den Händen der Mehrheit liegt, und in dem die Wirtschaft den Menschen dient und nicht umgekehrt. Damit das Programm von Labor Realität wird, müssen wir die Diktatur des Kapitals über Wirtschaft und Gesellschaft überwinden. Auf der Gründungskonferenz

Türkei Sozialabbau und Staatsterror

Zum ersten Mal in der Geschichte der Türkei sind die Islamisten an der Regierung beteiligt. Tansu Ciller ist das Bündnis mit der Wohlfahrts-partei (Refah) eingegangen, um der wackligen Koalition mit dem konservativen Konkurrenten Yilmaz zu entfliehen und mit Hilfe der Refah die Korruptionsermittlungen gegen sich zu beenden.

Claus Ludwig, Köln

Nach dem Wahlerfolg der Refah um Erbakan im letzten Dezember stimmten die bürgerlichen Parteien ein großes Geschrei an, wollten vor dem Islam und stellten sich als Hüter der Demokratie dar.

Das Geschrei ist leiser geworden. Erbakan hat deutlich gemacht, daß er seine „ant-impérialistischen“ Parolen gegen die Zollunion mit der EU und den Internationalen Währungsfonds nicht ernst meint. Die Losung von der „Gerechten Ordnung“, die Sozialpolitik und staatliche Kontrolle der Wirtschaft meinte, ist zu den Akten gelegt worden. Nun will die Regierung Erbakan/Ciller das Privatisierungsprogramm energisch vorantreiben, ein Klima schaffen, das die „freie Marktwirtschaft“ fördert.

Das ist nicht neu. Die Refah-Bürgermeister von Ankara und Istanbul hatten sich schon im letzten Jahr mit der Entlassung städtischer Beschäftigter und Privatisierung hervorgetan. Erbakan will im Krieg in Kurdistan die harte Linie beibehalten. Den Gang der Ereignisse bestimmen in der Türkei nach wie

vor ultrarechte Kreise in Polizei, Militär und Justiz. Das Volk darf bei den Wahlen nur die Moderatoren dieser Linie wählen. Schon unter der vorigen Koalitionsregierung wurden bedeutungsvolle Polizei-Offiziere und Faschisten in hohe Positionen gehievt, wie der Justizminister Mehmet Agar, der offen mit der faschistischen MHP („Graue Wölfe“) sympathisiert.

Unterdrückung

In den letzten Wochen wurden reaktionäre Einheiten noch stärker als sonst von der Kette gelassen. Am 1. Mai schloß die Polizei in eine Demonstration, drei Menschen wurden getötet, ein auf der Mai-Demo Festgenommener starb später durch die Folter.

Nachdem Anhänger der pro-kurdischen HADEP bei deren Kongreß die türkische Fahne runter- und die PKK-Fahne hochgeholt hatten, schlug die Polizei zu und verhaftete die HADEP-Führung - die sich von der Aktion distanziert hatte. Gleichzeitig läuft das Verbotsverfahren gegen die linke Enrek Partisi (Partei der Arbeit). Als 2000 Anhänger der EP in Ankara friedlich gegen das Verfahren demonstrierten, wurden sie von der Polizei angegriffen und zusammengeschlagen. 250 Menschen wurden verletzt, einige davon schwer, 500 festgenommen.

Gegen die ständigen Übergriffe der Gefängnis-Beamten und die willkürlichen Verlegungen von einem Gefängnis zum anderen sind am 20. Mai 10 000 politische Häftlinge in den Hungerstreik getreten, davon 1500 unbefristet. Viele stehen heute (10. 7.) an der Schwelle zum Tod. Sie fordern menschliche Haftbedingungen und den Rücktritt des Justizministers.

Teile und herrsche

Diese Übergriffe werden unter einer Refah-Regierung weitergehen. Die herrschende Klasse und das Militär werden unter noch mehr demokratische Rechte abbauen können.

Doch das bedeutet keine Stabilität für die Türkei. Auch die Koalition wird schnell in Schwierigkeiten geraten. Die Arbeiter und Bauern lassen sich nicht ewig mit dem Gesäusel vom Islam betäuben. Im letzten Jahr hat ein Arbeitskampf im öffentlichen Dienst die konservativ-sozialdemokratische Koalition gestützt, das ist auch in der Zukunft möglich.

Zentral ist allerdings, daß die Klassenkämpfe einen politischen Ausdruck im Aufbau einer sozialistischen Alternative zu Islamisten und Nationalisten finden.

Die stark zersplitterte türkische Linke muß gemeinsame Kampagnen gegen die Angriffe der Regierung - zum Beispiel gegen die Privatisierung - führen und so die Arbeiterkämpfe politisieren. Die Gründung der ÖDP (Partei der Freiheit und Solidarität), in der mehrere Linke Gruppen zusammenarbeiten und der Aufbau der Enrek Partisi könnten erste Schritte in diese Richtung sein.



Viele Arbeiter, Arbeitslose und kleine Selbstständige setzen auf die Refah (Wohlfahrtspartei). Doch diese dient treu dem Kapital.

Solidaritätspreis 3,- DM

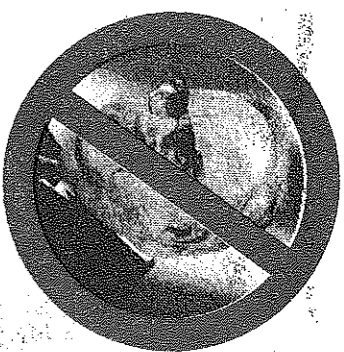
VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 182 Juli/August 1996

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

Inhalt	
PDS	S. 2
ÖTV-Abschluß	S. 5
Lehrstellen	S. 7
Spanischer Bürgerkrieg	S. 10/11



Absturz Ost= Die zweite Systempleite

Der Aufschwung Ost ist vorbei, noch ehe er richtig begann. Zum fünften Jahrestag der „Wiedervereinigung“ titelte DER SPIEGEL 1995 noch: „Blühende Landschaften?“. Ein Jahr später lautete der SPIEGEL-Titel über Ostdeutschland „Absturz Ost“ – ohne Fragezeichen. Grund: „Viele der wenigen Betriebe, die den Weg in die Marktwirtschaft scheinbar schon geschafft hatten, gehen pleite. Die industrielle Basis, obnein klein und brüchig, schrumpft weiter“.

Aron Anan, Berlin

Vor drei Jahren sah alles noch ganz anders aus. Die Fünf Neuen Länder zählten mit jährlich 8 Prozent Wachstum zu den dynamischsten Wirtschaftsregionen der Welt. Doch seither geht es steil bergab - bis zum völligen Stillstand. Im ersten Quartal 1996 stagnierte die Wirtschaft im Osten.

Damit fiel der Osten zum ersten Mal hinter den Westen zurück. Das ist kein Ausreißer, sondern ein Trend: Für 1997 prognostiziert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin für die neuen Länder ein Wachstum von einem Prozent - in den alten Ländern soll es mindestens ein halbes Prozent mehr werden.

1996 wird ein Wachstum von zwei Prozent erwartet. Im ersten Quartal ging das Bruttosozialprodukt um 2,5 Prozent zurück. Das ist keine Verlangsamung im „Aufschwung Ost“, sondern ein Einbruch. Dieser Einbruch zu diesem Zeitpunkt in dieser Höhe ist auf das Übergewicht der Bauindustrie (im Osten 15 Prozent, im Westen nur 5 Prozent der Gesamtwirtschaft) in

der ostdeutschen Wirtschaft zurückzuführen. Um 15 Prozent fielen die Auftragsgänge in dieser Schlüsselbranche im ersten Quartal 1996.

Der Anteil der verschiedenen Wirtschaftssektoren an der Wertschöpfung fällt im Osten anders aus als im Westen. Im Osten macht das Verarbeitende Gewerbe nur 18 Prozent (im Westen 28 Prozent) aus, der Dienstleistungssektor 23 Prozent (im Westen 35 Prozent).

Die industrielle Basis der Ostwirtschaft ist zu klein - und schrumpft weiter. Im Jahre Sechs nach der kapitalistischen Vereinigung gibt es nicht einmal 50 Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten. In der Liste der 100 größten deutschen Konzerne taucht kein einziger ostdeutscher Konzern auf.

Die kapitalistische Weltwirtschaft befindet sich in einer Ära von langanhaltender Stagnation und Depression. In dieser Ära gibt es für die Kapitalisten keinen Bedarf an neuen Produktionsanlagen. Ostdeutschland kann weitgehend vom Westen abgedeckt werden. Die wenigen Überbleibsel der industriellen Ruine Ex-DDR dienen nur als verlängerte Werkbank.

Mittelstand bricht weg

Während es in der DDR nur 100 000 Selbstständige gab, waren es fünf Jahre später eine halbe Million, die 3,2 Millionen Arbeitsplätze stellen. Das Handwerk hat allerdings keinen „goldenen Boden“, sondern ist auf Sand gebaut.

Der Gründerboom des Mittelstandes war nicht das Nebenprodukt eines sich selbst tragenden ökonomischen Aufschwungs, sondern die Folge

einer in der Geschichte beispiellosen Deindustrialisierung. Im Zuge der kapitalistischen Restauration wurden 2/3 der ostdeutschen Industrie plattgemacht.

Viele versuchten, sich in die Selbstständigkeit zu retten. Die meisten Kleinunternehmen entstanden aus der Not heraus. Die Mehrheit der Kleinbetriebe startete völlig ohne Eigenkapital. Das minderte die Überlebenschancen dramatisch.

Die Zahl der Pleiten explodiert. 1996 werden in Ostdeutschland 40 Prozent mehr Unternehmenspleiten als im Vorjahr erwartet, nämlich 8200 (Quelle: Hermes). Der Mittelstand im Osten verursacht ein Drittel aller gesamtdeutschen Konkurse.

Zukunft West

Von 3,5 Millionen Industriearbeitsplätzen zu DDR-Zeiten sind heute nur 600 000 Arbeitsplätze übrig (Statistisches Bundesamt 1996). Dem Verlust der Arbeitsplätze in der Industrie stehen neue Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor gegenüber. Per Saldo bleibt dennoch ein Stellen-schwund von 3,5 Millionen. Beschäftigte 1989 ist das ein Minus von über 30 Prozent. Der neue BDA-Präsident



Abgehängt

Mit dem Abschluß der Tarifrunde im öffentlichen Dienst 1996 wurden die Lohnabhängigen der Ex-DDR vollends abgehängt. Die Einkommensangleichung von 84 Prozent auf 85 Prozent der West-Einkommen ab 1. September 1997 bespottete selbst das Handelsblatt als „symbolisch“.

Die Große Tarifkommission nahm das Ergebnis mit 114 Stimmen bei 50 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen an. Die Gegenstimmen stammten alle von den Ost-Vertreter(innen), abgesehen von den Vertreter(innen aus Mecklenburg-Vorpommern (sie enthielten sich der Stimme).

Stumpfe ist ein Befürworter des Ausstieges aus dem Flächenarbeitsystem: In Ostdeutschland ist die Zukunft der BRD bereits Gegenwart. Schon jetzt entlohnt ein Drittel aller Unternehmen die Beschäftigten unter Tarif, vor allem in der Bau-, Druck- und Textilindustrie.

1994 wurden fast die Hälfte der 1.500 geschlossenen Tarifverträge direkt von den Firmen mit den Gewerkschaften ausgehandelt. In der Metallbranche der fünf neuen Länder sind 70 Prozent aller Unternehmer nicht mehr Mitglied im Arbeitgeberverband; im Westen sind es nur 10-20 Prozent.

Stimmung

In West- und Ostdeutschland bröckelt die Basis für das bür-

PDS legt zu

Nach Umfragen des CDU-nahen Allensbach-Institutes vom April hat die PDS ihre WählerInnenbasis in der Ex-DDR auf ein absolutes Rekordhoch ausgebaut: 26,3 % würden der Partei bei Bundestagswahlen jetzt ihre Zweitstimme geben (1994: 19,8%). Zusammen mit den von Allensbach errechneten Ost-Werten für die SPD (29 %) und die Bündnisgrünen (8,3 %) würden fast zwei Drittel der WählerInnen in den fünf neuen Ländern gegen die CDU-geführte Bundesregierung stimmen.

Bühende Landschaften hat die Kohl-Regierungen geschaffen, wie hier die ehemalige Filmfabrik in Wolfen

